

Stenographisches Protokoll.

57. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Mittwoch, den 28. Jänner 1920.

Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (546 der Beilagen), betreffend die Pensionsanstalt für Angestellte und die Liquidierung ehemals gemeinsamer Sozialversicherungseinrichtungen (644 der Beilagen). — 2. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Kocher, Schoiswohl und Genossen (455 der Beilagen), betreffend die Hebung der Milchwirtschaft (636 der Beilagen). — 3. Eventuell: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (643 der Beilagen), betreffend die Begebung einer ausländischen Anleihe gegen Sicherstellung auf das Erträgnis des österreichischen Tabakmonopols (661 der Beilagen). — 4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Födermayer und Genossen (456 der Beilagen), betreffend Vereinfachung der Durchführungsvorschriften zum Gesetz, betreffend die Weinsteuer (651 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 1615).

Tagesordnung.

Abgehung des Berichtes des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (643 der Beilagen), betreffend die Begebung einer ausländischen Anleihe gegen Sicherstellung auf das Erträgnis des österreichischen Tabakmonopols von der Tagesordnung (Seite 1634).

Verhandlungen.

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (546 der Beilagen), betreffend die Pensionsanstalt für Angestellte und die Liquidierung ehemals gemeinsamer Sozialversicherungseinrichtungen (644 der Beilagen) — Redner: Berichterstatter Pick [Seite 1615] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1618].

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Kocher, Schoiswohl und Genossen (455 der Beilagen), betreffend

die Hebung der Milchwirtschaft (636 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Kocher [Seite 1618 und 1634], die Abgeordneten Farrer [Seite 1620], Geißler [Seite 1623], Niedrist [Seite 1625], Schiegl [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 1628] — Generalredner kontra: Abgeordneter Abram [Seite 1628] — Generalredner pro: Abgeordneter Thanner [Seite 1631] — Annahme des Antrages des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft [Seite 1634]).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag des Abgeordneten Födermayer und Genossen (456 der Beilagen), betreffend Vereinfachung der Durchführungsvorschriften zum Gesetze, betreffend die Weinsteuer (651 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Eisenhut [Seite 1634] — Annahme des Antrages des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 1636]).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Wahl des Abgeordneten Dr. Burešch zum Obmann des Justizauschusses an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Dr. Mataja und des Abgeordneten Fischer zum Schriftführerstellvertreter (Seite 1615).

Mitteilung des Präsidenten Dr. Dinghofer, betreffend die Niederlegung des Mandates als Ersatzmann im Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft seitens des Abgeordneten Grahamer und des Mandates als Mitglied des Ausschusses zur Vorberatung der Kammergesetze seitens des Abgeordneten Dr. Schönbauer (Seite 1636).

Ersatzwahlen des Abgeordneten Wimmer zum Ersatzmann im Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Grahamer und des Abgeordneten Rittinger als Mitglied des Ausschusses zur Vorberatung der Kammergesetze an Stelle des Abgeordneten Dr. Schönbauer (Seite 1636).

Zuweisungen:

1. 645, 646, 647, 652, 654 und 655 der Beilagen an den Finanz- und Budgetauschuß (Seite 1636);
2. 649 der Beilagen an den Justizauschuß (Seite 1636);
3. 653 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 1636);
4. 648 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 1636).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. der Abgeordneten Johann Gärtler, Grim und Genossen, betreffend die Vermögensabgabe (662 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Birchbauer, Größbauer, Wimmer und Genossen, betreffend erhöhte Zuweisung von Viehsalz an die Landwirte (663 der Beilagen);
3. des Abgeordneten Dr. Urjin und Genossen, betreffend die Einreihung von Tulln in die I. Ortsklasse der Aktivitätszulagen der Staatsangestellten (664 der Beilagen);
4. des Abgeordneten Dr. Urjin und Genossen, betreffend die Einreihung der Gemeinden St. Pölten,

Melk, Sikenfeld, Amstetten, Scheibbs und Waidhofen an der Ybbs in die I. Ortsklasse der Aktivitätszulagen der Staatsangestellten (665 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Pauly und Genossen, betreffend Änderung des Gesetzes vom 29. März 1869 über die Vornahme der Volkszählung (666 der Beilagen).

Anfragen

1. des Abgeordneten Johann Gärtler und Genossen an den Staatssekretär für Verkehrsweisen, betreffend die zeitweilige vollständige Einstellung der Personenbeförderung auf den Eisenbahnen (Anhang I, 260 I);

2. des Abgeordneten Dr. Urjin und Genossen an den Staatskanzler Dr. Renner in seiner Eigenschaft als Staatssekretär für Äußeres, betreffend die Befreiung des Oberleutnants Leo Ritsche aus tschecho-slowakischer Haft (Anhang I, 261/I);
3. der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Krözl und Genossen an die Gesamtregierung, betreffend die Wahrung des Koalitionsrechtes (Anhang I, 262/I);
4. der Abgeordneten Dr. Wutte, Dengg und Genossen an den Staatskanzler als Leiter des Staatsamtes für Äußeres, betreffend die Grenzbestimmungskommission für die südsteirische Grenze (Anhang I, 263/I);
5. der Abgeordneten Dr. Waber, Dr. Urjin und Genossen an die Unterstaatssekretäre für Volksgesundheit und für Unterricht, betreffend die Neuregelung der pharmazeutischen Vor- und Ausbildung (Anhang I, 264/I);
6. der Abgeordneten Egger, Größbauer und Genossen an den Staatssekretär für Heerwesen, betreffend

Behandlung der Helden des Kärntner Abwehrkampfes (Anhang I, 265/I);

7. des Abgeordneten Dr. Urjin und Genossen an die Unterstaatssekretäre für Volksgesundheit und für Unterricht, betreffend den drohenden Streik der Wiener Spitalsärzte (Anhang I, 266/I);
8. der Abgeordneten Schiegl, Hölzl, Mühlberger, Musterlig und Genossen an den Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die Sicherung der Versorgung der unabhängigen Presse mit Rotationsdruckpapier zu einem den Bestand dieser Presse ermöglichenden Preise (Anhang I, 267/I);
9. der Abgeordneten Eisenhut, Buchinger, Derjch und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Heranziehung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Auskunftserteilung an die Steuerbehörde (Anhang I, 268/I).

Zur Verteilung gelangen am 28. Jänner 1920:

die Anfragebeantwortungen 97, 98 und 99;

die Berichte des Finanz- und Budgetausschusses 651 und 661 der Beilagen;

die Berichte des Justizauschusses 656, 657, 658, 659 und 660 der Beilagen;

die Anträge 645 bis 649 und 652 bis 655 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Seiß**, dritter
Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: Dr. **Angerer**, Dr.
Gimpl.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersch** für Inneres
und Unterricht, Dr. **Ramek** für Justiz, Dr.
Reisch für Finanzen, **Stöckler** für Land-
und Forstwirtschaft, Ingenieur **Berdik** für Handel
und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Hanusch**
für soziale Verwaltung, Dr. **Mayr**.

Unterstaatssekretäre: **Niklas** im
Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr.
Eisler im Staatsamte für Justiz, Dr. **Wais**
im Staatsamte für Heerwesen, Dr. **Reisch** im
Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll der Sitzung vom 23. Jänner
ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als
genehmigt.

Der Herr Abgeordnete **Wedra** hat sein
Fernbleiben mit Krankheit entschuldigt.

Zum Obmann des Justizausschusses
wurde an Stelle des von dieser Funktion zurück-
getretenen Abgeordneten Dr. **Mataja** der Herr
Abgeordnete Dr. **Buresch** gewählt; zum Schrift-
führerstellvertreter dieses Ausschusses wurde
der Herr Abgeordnete **Fischer** neugewählt.

Wir kommen zur Tagesordnung.

Der erste Punkt ist der Bericht des
Ausschusses für soziale Verwaltung über
die Vorlage der Staatsregierung (546 der
Beilagen), betreffend die Pensionsanstalt für
Angestellte und die Liquidierung ehemals
gemeinsamer Sozialversicherungseinrich-
tungen. Als Grundlage der Debatte gilt Nr. 644
der Beilagen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete
Pick; ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Pick**: Hohes Haus! Das
Gesetz, welches zur Verhandlung steht, ist dadurch
notwendig geworden, daß die ehemalige Pensions-
anstalt für Angestellte als eine gesamtösterreichische
Einrichtung durch den Zerfall des Staates selbst-

verständlich in Mitleidenschaft gezogen wurde, indem
ihre Landesstellen nunmehr ins Ausland geraten
sind. Wollte man auf die Geschichte der Pensions-
versicherung zurückgreifen, so könnte man anführen,
daß, was wir hier erleben, der Fluch der bösen
Tat ist. Da man nämlich bei Schaffung dieser
Versicherung den Wünschen nach Länderautonomie
die Zügel schießen ließ, ergab es sich, daß die An-
stalt, trotzdem sie im ganzen keinen großen Kom-
plex von Versicherten aufzuweisen hatte, Landes-
stellen errichten mußte. So entstanden die Landes-
stellen ohne jede innere Nötigung und so wurde
eine ganz gut gedachte Einrichtung schon vom An-
fang an beeinträchtigt durch eine Zersplitterung,
die sich dann später — noch in Friedenszeiten, im
alten Österreich — sehr gerächt hat.

Jetzt erwachsen uns daraus ganz besondere
Schwierigkeiten. Diese Landesstellen sind nach dem
Frieden von St. Germain zu selbständigen Pensions-
anstalten geworden, die nunmehr im Auslande sind.
Mit der in Deutschösterreich verbliebenen Anstalt
sind sie beinahe ausschließlich durch die Kriegs-
anleihe verbunden, durch das Vermögen der
Pensionsanstalt, ein Vermögen, welches Dank dem
so prächtig ausgeübten Aufsichtsrechte der altöster-
reichischen Regierung nicht nur zur Gänze, sondern
weit über die damals vorhanden gewesenen Aktiven
hinaus in Kriegsanleihe angelegt wurde. Es genügt,
wenn man hier erwähnt, daß die Pensionsanstalt
allein nicht weniger als 600 Millionen Kronen an
Kriegsanleihe gezeichnet hat, wodurch sie ihre Bei-
träge, ihre Prämien auf Jahre hinaus eigentlich
verpfändet hat.

Dieses Vermögen ist nun zu liquidieren. Nach
dem Friedensvertrage obliegt es der österreichischen
Regierung, nunmehr für all das aufzukommen, was
hier zu bereinigen ist. Die Regierung hat noch vor
Abschluß des Friedensvertrages eine deutschöster-
reichische Pensionsanstalt auch dem Titel nach ge-
gründet und hat sie überdies ermächtigt, die Liqui-
dierung, die ja selbstverständlich schon damals fällig
geworden war, mit den anderen, in den National-
staaten befindlichen Pensionsanstalten in die Wege
leiten. Dadurch wurde unsere heutige deutschöster-
reichische Pensionsanstalt zu einer Art Treuhand-
gesellschaft, welche die Liquidierungsgeschäfte vorzu-
bereiten hatte.

Nunmehr soll mit diesem Zustand aufge-
räumt werden. Die deutschösterreichische Pensions-
anstalt wird nunmehr zur „Pensionsanstalt für An-
gestellte“ in heutigen Österreich und, was das

wichtigste ist, sie wird den anderen, in den Nationalstaaten befindlichen Anstalten nicht mehr als eine Art Geschäftsträgerin aller Versicherungsinstitute entgegentreten, sondern lediglich in derselben Rolle, in der die Pensionsanstalten unserer Versicherungsgesellschaft gegenüberstehen: in der Rolle des Gläubigers zum Schuldner. Es wird also von jetzt an streng gesondert werden zwischen der alten Pensionsanstalt und der altösterreichischen Pensionsanstalt, die auf Grund dieses Gesetzes nunmehr errichtet wird.

Das ist der eine Teil der Vorlage. Der andere Teil ist nur die Realisierung einer Bestimmung, die im Friedensvertrage enthalten ist und nach der alle Anstalten an die deutschösterreichische Regierung gewiesen sind. Sie hat nunmehr die Liquidierung vorzunehmen. Zu diesem Zwecke muß die Regierung eine Vollmacht ansprechen, um in dem Chaos, soweit sie es kann, irgendwie Ordnung zu machen, das Liquidierungsgeschäft, zu dem sie nach dem Friedensvertrage verpflichtet ist, unbehindert durch Einsprüche aller Art vorzunehmen. Mit diesem Gesetze wird der Regierung diese Vollmacht erteilt. Der Ausschuß war sich der Tragweite dieses Gesetzes bewußt. Er hat es eingehend beraten und ist insbesondere sehr eingehend auf den Umstand eingegangen, ob diese Vollmacht nicht nach irgendeiner Richtung beschränkt werden sollte. Denn der Ausschuß mußte sich naturgemäß vor Augen halten, daß es sich nicht nur um ein lediglich fiskalisches Geschäft bei der Liquidierung handeln darf, sondern auch darum, daß die Liquidierung so vorgenommen werden muß, daß die erworbenen Rechte der bisher Versicherten, soweit als nur irgend möglich, geschont werden müssen. Nach dieser Vollmacht darf die Regierung auch ohne weiteres manche kommenden Versicherungseinrichtungen auflösen, um die Bahn freizumachen für eine Liquidierung, wie sie notwendig ist. Gar kein Zweifel.

Aber wir dürfen dem Staatsamt für soziale Verwaltung gewiß glauben, daß es kein Interesse daran hat, bei der Liquidierung die Interessen irgendwelcher Versicherter schädigen zu wollen. Allerdings, so weit wollte und durfte selbst der Ausschuß nicht gehen, daß er vielleicht dem Staatsamt bei der etwa als notwendig erkannten Auflösung solcher Versicherungseinrichtungen irgendwie Grenzen setzt. Neben den Landesstellen der altösterreichischen Versicherung hatten wir nämlich noch eine schöne Einrichtung zu verzeichnen, eine ganze Anzahl von Ersatzeinrichtungen, ganz selbständige Versicherungsträger, für die die Pensionsversicherung nicht vielleicht den Zweck hatte, einem Teil der Versicherten bessere Leistungen zu verschaffen, sondern als Hauptzweck war von mancher dieser Ersatzeinrichtungen die Sanierung passiv gewordener Anstalten ins

Auge gefaßt. So wissen wir zum Beispiel von einer Ersatzeinrichtung aus dem alten Österreich, die sich Pensionsverein der deutschen Sparkassen genannt hat. Wir wissen nur zu gut, daß diese Ersatzeinrichtung wahrlich nicht geschaffen worden ist, um auch nur einem Versicherten in Deutschböhmen oder im damaligen Österreich zu nützen, sondern es haben sich damals die zumeist passiven Pensionsfonds der deutschböhmisches Sparkassen zusammengetan und haben auf diese Art ein Kapital geschaffen, welches dazu gedient hat, das Versicherungsgeschäft, welches da gewinkt hat, zu machen. Es war auch ein gutes Geschäft, um so mehr, als man besonders bei dieser Ersatzeinrichtung — ich könnte auch noch andere nennen, die ähnlich sind, will aber bei dieser bleiben — die Anstalt so führte, daß die Versicherten so ziemlich vollständig recht- und machtlos waren. Sofort sie irgend ein Recht auf diese Versicherung reklamierten, mußten sie sich späterhin eingestehen, daß sie außerstande seien, ihr gesetzliches Recht durchzusetzen. Ich brauche nur darauf zu verweisen, daß eine solche Einrichtung, die ihren Sitz in Böhmen hatte, Versicherte im ganzen alten Österreich aufzuweisen hatte, und es genügt, wenn sich das hohe Haus vorstellt, daß ein Versicherter in Niederösterreich, Oberösterreich oder gar in Tirol, mitunter selbst in der Bukowina, wenn er in die unangenehme Lage versetzt war, sich mit seiner Versicherung ins Einvernehmen zu setzen, nur durch einen Advokaten von Wien, Innsbruck oder Graz aus mit Prag verkehren konnte.

Ähnliche Ersatzeinrichtungen — und es gibt deren etliche auch bei uns — aufzulösen, wird natürlich das erste sein müssen, das die Regierung zu tun hat, wobei ich wiederholen möchte, daß wir selbstverständlich voraussetzen, daß das Staatsamt für soziale Verwaltung keine Maßnahme, die halbwegs einschneidend ist, ergreifen wird, ohne sich mit den Interessenten, vor allem mit den Versicherten, ins Einvernehmen zu setzen.

Durch das Gesetz, welches jetzt in Verhandlung steht, wird unsere nunmehrige österreichische Pensionsanstalt in die Lage kommen, sich gänzlich dem Novellierungsgeschäft zu widmen, einem Geschäft, das allerdings, seitdem es gelang, einen modernen Zug in die Verwaltung der Pensionsanstalt hineinzubringen, unablässig betrieben wird, so daß ich, reflektierend auf die Debatte im Ausschusse, dem hohen Hause mitteilen kann, daß die Novellierung der Pensionsversicherung, soweit die Pensionsversicherungsanstalt und das Staatsamt daran beteiligt sind, fertiggestellt ist. Sie ist bereits an alle Stellen versendet, welche sich dazu zu äußern haben. Man verrät also kein Geheimnis, wenn man aus dieser Novellierung einiges mitteilt. Es wird versucht werden, durch die Novellierung die Anstalt, die nun einmal da ist, auszugestalten und zu einem

brauchbaren Teil der großen Sozialversicherung zu machen, die, wie wir hoffen wollen, nicht mehr lange auf sich wird warten lassen. Die Novellierung wird also von dem Gesichtspunkte aus gemacht, daß mit dem Inkrafttreten der schon ungeduldig erwarteten allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung in Österreich diese Versicherung, die früher als Sonderversicherung gedacht war, sich in den Rahmen der allgemeinen Versicherung leicht wird einfügen lassen, wodurch natürlich den Versicherten große Vorteile entstehen werden. Sie werden eine wesentlich leistungsfähigere Versicherung aufzuweisen haben, ohne im Falle ihres Stellenwechsels vielleicht ins Leere zu geraten, wie es bei dem Bestande der Sonderversicherung bisher der Fall war, da irgendein größerer Rahmen dank dem Fehlen der allgemeinen Versicherung nicht vorhanden war.

Aber nicht nur das! Die heutige Verwaltung der Pensionsanstalt hat im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden staatlichen Instanzen sich darangemacht, die Leistungen der Pensionsanstalt zeitgemäß auszugestalten, und es wird gewiß auf die Versicherten sehr erfreulich wirken, wenn sie vernehmen können, daß selbst bei den heutigen Beiträgen, bei der heutigen Prämienhöhe, es möglich sein wird, die Leistungen aber schon sehr wesentlich zu erhöhen. Für den Teil der Angestellten, die diese Pensionsanstalt schon vom Beginn als zu teuer und zu wenig vorteilhaft für die Angestellten erkannt haben, ist dies nichts Neues. Wir wußten ja, daß die Versicherung fiskalisch angelegt war, und die Erfahrung hat diese unsere Annahme nur zu sehr bestätigt. Wäre dem nicht so, dann hätten alle die „Aufträge“, die man an die Verwaltung gelangen ließ, unberücksichtigt bleiben müssen, die dahin gelaute haben, 600 Millionen Kronen für Kriegsanleihe zu zeichnen. *(Unruhe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte, meine Herren, um Ruhe!

Abgeordneter Pick *(fortsetzend):* Es werden also selbst derzeit, wo die heutigen Beiträge beibehalten werden, die Leistungen der Pensionsversicherung wesentlich erhöht. Allerdings müssen wir uns eingestehen, daß eine noch so beträchtliche Erhöhung der Leistungen mit Rücksicht auf die heutigen Kosten der Lebenshaltung eines Pensionisten — die Staatspensionisten wissen davon ein Lied zu singen — nicht annähernd hinreicht, die Pensionierung nach diesem Gesetz irgend jemandem erstrebenswert erscheinen zu lassen. Deshalb ist es selbstverständlich, daß bei der Novellierung darangegangen wird, die Anzahl der Beitragsklassen zu erhöhen, wodurch es ermöglicht wird, dem Versicherten ganz andere Leistungen zugänglich zu machen, als es bisher der Fall war.

Unsere neue Pensionsversicherung wird sich einem Zweige der ihr schon im heutigen Gesetze zugeordneten Tätigkeit mit aller Entschiedenheit widmen müssen, den die bisherige Verwaltung vollständig oder soviel wie vollständig vernachlässigt hat, nämlich dem Heilverfahren. Wir sind der Meinung, daß eine Pensionsversicherung, eine Versicherung für den Fall der Invalidität, vor allem bemüht sein muß, vorzeitige Invalidität vom Versicherten fernzuhalten, im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Krankenkassen die Versicherten möglichst lange arbeitsfähig zu erhalten. Denn eine noch so hohe Rente, Pensionsversicherung bedeutet in jedem Fall für den im Erwerbe gestandenen Angestellten eine Herabdrückung seines Lebensniveaus.

Die Pensionsanstalt wird also vor neuen großen Aufgaben stehen, die zu bewältigen sie nur dann in der Lage sein wird, wenn sie sich mit den Angestelltenkrankenkassen, wo sich das Kontingent der Versicherten so ziemlich deckt, zusammensindet und im Heilverfahren alles tut, was menschenmöglich ist, um die Fälligkeiten von Renten — vom Standpunkt der Anstalt gesprochen — hintanzuhalten. Wie weit man da wird gehen können, hängt naturgemäß auch von der Novellierung des Krankenversicherungsgesetzes zusammen, das jetzt zwar nicht zur Verhandlung steht, das aber in Bälde das Haus beschäftigen wird. Dann erst wird der richtige Zusammenhang der Krankenversicherung mit der Pensionsanstalt deutlich werden.

Indem ich nun das hohe Haus bitte, dem Beschlusse des Ausschusses beizutreten und dem Gesetze zuzustimmen, bitte ich nochmals zur Kenntnis zu nehmen, daß der Ausschuß sich nicht nur damit begnügt hat, die Vorlage zu erledigen, sondern daß er auch die Frage einer Novellierung der Pensionsversicherung und ihrer voraussichtlichen künftigen Ausgestaltung in den Bereich seiner Beratungen gezogen hat. Das hohe Haus möge versichert sein, daß die Novellierung in guten Händen ist.

Präsident: Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich schreite zur Abstimmung.

Ich kann, da ein Gegenantrag nicht gestellt wurde, sofort alle vier Paragraphen des Gesetzes unter Einem zur Abstimmung bringen. Ich bitte jene Mitglieder, die ihnen zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Die §§ 1 bis 4 sind angenommen. Ich bitte nunmehr jene Mitglieder, welche für Titel und Eingang des Gesetzes sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Gleichfalls angenommen. Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter Pick: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Zur Annahme dieses formellen Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, welche diesem formellen Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich bitte nun jene Mitglieder, welche dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)*

Das Gesetz über die Pensionsanstalt für Angestellte und über die Liquidierung ehemals gemeinsamer Sozialversicherungseinrichtungen *(gleichlautend mit 644 der Beilagen)* ist auch in dritter Lesung angenommen und damit endgültig zum Beschlusse erhoben.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag Kocher, Schoiswohl und Genossen *(455 der Beilagen)*, betreffend die Hebung der Milchwirtschaft.

Zur Grundlage der Debatte dient 636 der Beilagen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kocher. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Kocher: Hohes Haus! Ein altes Sprichwort sagt: Wo Milch fließt, fließt Honig. Wir aber in Deutschösterreich leben in einer Zeit der Milchnot, wie sie kaum je ein Kulturstaat gesehen hat. Es ist daher die oberste Pflicht aller berufenen Faktoren, das Möglichste anzubieten, um die Milchproduktion zu heben und auf die wünschenswerten Höhe zu bringen, um endlich den Kindern, den Greisen und stillenden Müttern, wie auch allen Konsumenten die nötige Milch zur Verfügung stellen zu können. Das ABC der alpenländischen Landwirtschaft soll lauten: Viel Heu, viel Vieh, viel Milch, viel Geld.

Man kaufte aber im Ausland um teureres Geld Zuchtvieh, zum Beispiel in der Schweiz und in Holland ein. Die milchreichen Kühe kamen zwar nach Österreich, aber ihre Leistungsfähigkeit blieb in der Schweiz und in Holland, weil es bei uns an den Vorbedingungen für die Haltung hochgezüchteter, leistungsfähiger Rassen vielfach fehlte. Nur Vorarlberg und ein Teil von Tirol haben alle Vorbedingungen, wie intensiven Futterbau, Weidewirtschaft, verbunden mit Gülle und Düngewirtschaft, geschaffen. Daher steht dort die Viehzucht und Milchwirtschaft in Österreich an erster Stelle. Im Lande Vorarlberg waren Durchschnittsmilch-

erträge von 3000 Liter pro Kuh und Jahr vor dem Kriege keine Seltenheit, sondern Regel. Die Milchträge waren somit fast zweimal so hoch, wie jene im übrigen Österreich.

Der große Wert der Gällewirtschaft und Gälledüngung beim Weidebetrieb und Futterbau wird noch häufig unterschätzt. Die Gülle ist bei wechselnder Verwendung von Phosphatdünger der beste Wiesen- und Weidedünger, und zwar deshalb, weil sie rasch wirkt und einen raschen Stickstoffumsatz ermöglicht. Zur Steigerung des Milchtrages ist neben den übrigen Maßnahmen der geregelte und intensive Weidebetrieb unerlässlich. Nicht nur auf den Marschweiden und im Herverlande, auch hierzulande weisen Weidebetriebe hohe Milchleistungen auf. Mir ist unter anderem ein Weidegut bekannt, das selbst im Kriege, und zwar im Sommer 1917 von 39 Stück Kühen täglich 408 Liter Milch für den Konsum ablieferte. Selbst bäuerliche Weidebetriebe haben im Laufe des Krieges in der Milchablieferung Hervorragendes geleistet.

Das Geheimnis des geregelten und intensiven Weidebetriebes liegt darin, daß die Tiere den ganzen Sommer junges, zartes, sehr nährstoffreiches Gras abfressen, was die Milchabsonderung wie auch die Gesundheit der Tiere günstig beeinflusst. Außerdem machen wir uns dadurch, wenn nicht ganz, aber doch zum großen Teile von der Einfuhr der teuren ausländischen Stücken unabhängig.

Durch eine gute Milchkuh können bei fast gleichem Futteraufwande etwa dreimal soviel gleichwertiger Nährwerte wie durch Mastvieh in feinem Fleisch und Fett erzeugt werden. Nach Professor Dr. Falke können auf Dauerweiden mit sehr gutem Ertrage pro Hektar 5000 Liter Milch ermolken oder bei Mastvieh 700 Kilogramm Lebendgewichtszunahme erzielt werden. Fünf Liter Milch enthalten soviel Nährwerte wie ein Kilogramm knochenfreies Fleisch. 700 Kilogramm Lebendgewicht geben demnach bei 48 Prozent Schlachtausbeute 336 Kilogramm Fleisch mit Knochen, also nur ein Drittel des Nährwertes, der bei der Milchproduktion erzielt wird.

Daß neben der vermehrten Lebensmittel-erzeugung die gute Milchkuh noch eine Vermehrung des Viehstandes bedeutet, will ich an einem landläufigen Beispiele dartun:

Ein Landwirt K mit zwei Stallungen hat vor drei Jahren im Stalle A. zehn Stück gute Melkkühe mit einer Jahresdurchschnittsleistung von 2500 Liter pro Stück aufgestellt, das sind im Jahre 25.000 Liter Milch und in drei Jahren waren es zusammen 75.000 Liter. Die 75.000 Liter Milch enthalten soviel Nährwerte wie 15.000 Kilogramm knochenfreies Fleisch. Der Futterverbrauch der zehn Kühe war, nachdem sie Winter und Sommer im Stalle gehalten worden waren und pro Stück und

Tag 15 Kilogramm gutes Heu erhalten hatten, in drei Jahren 1642½ Meterzentner Heu.

Im Stalle B hat der gleiche Landwirt vor drei Jahren 21 Stück sechs bis acht Wochen alte Stierkälber, welche kastriert wurden, mit einem Anfangsgewicht von durchschnittlich 70 Kilogramm pro Stück aufgestellt. Im Alter von drei Jahren wogen die zu Ochsen herangewachsenen Kälber das Stück im Durchschnitt 600 Kilogramm, zusammen 21 mal 600 Kilogramm ist gleich 12.600 Kilogramm Lebendgewicht. Vom Gesamtgewichte das Anfangsgewicht von 21 mal 70 Kilogramm, gleich 1470 Kilogramm, abgerechnet, ergibt in drei Jahren eine Lebendgewichtszunahme von 11.130 Kilogramm. Bei 48 Prozent Schlachtausbeute sind das 5342½ Kilogramm Fleisch.

Der Futtermittelverbrauch der 21 Rinder war in drei Jahren, da sie auch Winter und Sommer im Stalle gehalten wurden und das nötige Kraftfutter in Heu gerechnet, pro Stück und Tag 7½ Kilogramm, verfüttert wurden 1724½ Meterzentner Heu.

Wegen der Schwierigkeit, bei der Berechnung des Futtermittelverbrauches den Weidegang mit der Stallfütterung in Einklang zu bringen, habe ich es vorgezogen, auch für die Weidezeit die Heuwerte einzusetzen.

Wir sehen nun, daß bei fast gleichem Futtermittelverbrauch die guten Melkkühe im Stalle A in drei Jahren dreimal so viel gleichwertiger Lebensmittel erzeugt haben wie die zur Fleischnutzung gehaltenen Rinder. Außerdem hat sich im Kuhstalle bei 80 Prozent Abkalbung der Viehstand um 20 bis 24 Stück Rinder vermehrt, wogegen der Stall B, nach Schlachtung der 21 Ochsen und Gewinnung von 5342½ Kilogramm Fleisch, leer war.

Daher kann man sagen; Die Beschaffung von Milch setzt Geburten voraus, daher eine Vermehrung des Viehstandes; die Beschaffung von Fleisch setzt Schlachtungen voraus, daher eine Verminderung des Viehstandes.

Durch dieses Beispiel glaube ich klar bewiesen zu haben, daß durch eine ausgedehntere Milchviehhaltung und Steigerung des Milchertrages der herrschenden Lebensmittelnot am wirksamsten und am schnellsten abgeholfen, der heruntergekommene Viehstand am raschesten wieder hergestellt werden kann.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat die fachliche Ausbildung von Melkern beantragt. Ohne Zweifel gehört das Melken und die Viehpflege zu den wichtigsten Arbeiten im Bauernhause und in der Milchwirtschaft. Durch die fachgemäße Pflege und fachgemäßes Melken der Tiere allein kann der Milchtrug bei sonst gleichen Verhältnissen pro Kuh und Jahr um 50 bis 200 Liter gesteigert werden.

Gegenwärtig haben wir einen Kuhstand von ungefähr 800.000 Stück. Würden wir durch die allgemeine, fachgemäße Pflege und richtiges Melken nur eine Steigerung von 100 Liter pro Kuh und Jahr erreichen, so bedeutet dies allein schon eine Mehrproduktion von 80 Millionen Litern Milch im Jahre.

Diese Milch gegenwärtig durch Kondensmilch zu ersetzen, kostet den Staat und die Konsumenten zusammen etwa 1½ Milliarden.

Es ist weiters eine alte Tatsache, daß die Milch, die zuletzt ermolken wird, neunmal so viel Fett enthält wie die zuerst ermolken. Durch das unsachgemäße schlechte Melken gehen daher jährlich nicht nur große Milch-, sondern auch große Fettmengen verloren; denn die im Euter zurückgebliebene Milch kommt niemals mehr zum Vorschein, sie ist verloren und verursacht noch dazu eine Reihe von Eutererkrankungen bei den Kühen.

Weiters hat sich der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft dahin ausgesprochen, es sei eine Hauptlehranstalt zur einheitlichen Ausbildung der erforderlichen Fachkräfte, wie Milchkontrollbeamte, Zuchtbuchführer, Molkereinspektoren, Melklehrer etc. zu errichten.

In Deutschland wird vielfach die Verschiedenheit bei Berechnung der Futterpassierungen durch die Milchkontrollbeamten als großer Fehler bei Gleichungen der Futterverwertung durch die Melkkühe angesehen.

Eine große Aufgabe fällt bei Hebung der Milchproduktion den Herdebuch- und Milchkontrollvereinen zu, ihr Zweck liegt hauptsächlich in folgendem: 1. Ausmerzen der unrentablen Tiere; 2. Einrichtung der Fütterung nach Leistung, um dadurch eine bedeutende Futterersparnis und Leistungssteigerung zu erzielen; 3. Ermittlung der besten Tiere für die Zucht; 4. Einführung einer regelmäßigen Buchführung; 5. Beratung des Viehhalters; 6. Wettbewerb unter den Vereinsmitgliedern.

Beim I. steiermärkischen Milchkontrollverein zum Beispiel wurde die Milchleistung pro Kuh und Jahr vom Jahre 1909 bis 1914 von 2482 Kilogramm auf 2847 Kilogramm, das ist in sechs Jahren um 365 Kilogramm, beim Verband der Murbadner- und Mürztaler Viehzuchtgenossenschaften vom Jahre 1910 bis 1914 von 1897 auf 2215 Kilogramm, das ist in fünf Jahren um 318 Kilogramm gesteigert.

Weiters wurde in Oberösterreich beim Verband der Simmentaler Viehzüchter in Schärding vom Jahre 1904 bis 1912 bei durchgeführter Milchkontrolle der Milchtrug um 200 Liter erhöht.

In allen nördlichen Nachbarländern hat man der Milchkontrolle viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet als in Österreich.

In Dänemark zum Beispiel sind vom Jahre 1894 bis 1909 519, in Schweden in den Jahren 1898 bis 1918 800, in Deutschland von 1897 bis 1914 800 Kontrollvereine entstanden.

In Österreich reicht die Zahl der Kontrollvereine, die von 1904 bis 1914 zustande gekommen sind, kaum an 15 heran.

Wenn wir in der Geisteskultur nicht zurückbleiben und unserer Landwirtschaft die Grundlage unserer Existenz und Selbständigkeit nicht versallen lassen wollen, so müssen wir den fortgeschrittenen Ländern nachstreben und dieselben Einrichtungen treffen, durch welche ihre Landwirtschaft zur Blüte gekommen ist. Wird die Hebung der Milchproduktion im Sinne des Ausschussesberichtes mit Tatkraft und Gewissenhaftigkeit durchgeführt, dann werden wir in kürzester Zeit die Milch- und Fettnot bannen und Hunderte von Millionen Kronen an Werten aus dem heimischen Boden hervorbringen.

Der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft stellt daher den Antrag (*liest*):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert, zur wirksamen Hebung unserer Milchwirtschaft zunächst folgende Maßnahmen zur ehesten Durchführung zu bringen:

1. Planmäßige Einführung und Förderung von regelrechten Leistungsprüfungen bei unseren Zucht- und Herdebuchgenossenschaften (Herdebuchkontrollvereinen), um die Milchleistung unserer Künder baldmöglichst zu steigern.

2. Regelmäßige Prämierung hervorragender Leistungen gut vererbender Stiere (Milchtiere).

3. Einrichtung einer eigenen Hauptlehranstalt zur Ausbildung der erforderlichen Fachkräfte, als da sind: Milchkontrollassistenten, Zuchtbuchführer, Molkereinspektoren, Weideinstruktoren, Melklehrer, Käser, Buttermeier, Molkereileiter, milchwirtschaftliche Fachlehrer. Zu diesem Zwecke muß die Lehranstalt mit einem geeigneten landwirtschaftlichen Betriebe, ferner mit einer Molkereischule und einer milchwirtschaftlichen Versuchsanstalt verbunden sein.

4. Einleitung und Unterstützung der Errichtung eigener Schulen für Viehpflege und Melken in den einzelnen Ländern.

Für diese Zwecke ist ein Betrag von jährlich mindestens 400.000 K im Budget einzustellen (140.000 bis 200.000 K für die milchwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalt, 100.000 bis 140.000 K für die Förderung des Kontrollvereinswesens, 50.000 K für die Prämierung von Milchstieren, 50.000 bis 70.000 K zur Unterstützung der Schulen für Viehpflege und Melken).“

Ich erlaube das hohe Haus, um Annahme dieses Antrages.

Präsident: Ich eröffne die Debatte.

Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Parrer; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Parrer: Hohes Haus! Der vorliegende Antrag, welchen der Herr Berichterstatter in ausgezeichnete Weise begründet hat, ist für unseren Volkswachstum von ganz hervorragender Bedeutung. Der Krieg hat die Gräber in einer Weise gefüllt, daß jeder Mensch, der ein Gefühl hat, darüber erschauern muß, und wer die Sanitätsberichte liest und wer die Ausweise studiert, wie infolge des Milchmangels die Säuglinge in Massen dahinstirben, der muß die Überzeugung gewinnen, daß gegen diesen Übelstand, der das Mark des deutschen Volkes bedroht, Abhilfe geschaffen werden muß.

Die Frage ist sohin sehr brennend geworden und wir müssen eine Lösung versuchen, und zwar Bauer und Städter miteinander und nicht gegeneinander. Der Bauer hat die Pflicht, die Städter zu versorgen, und der Städter hat die Pflicht, die Bedürfnisse der Landwirtschaft, insofern sie gerecht sind, auf das lebhafteste zu unterstützen. Wir Bauernbündler sind schon daran, unser Genossenschaftswesen bis in jede Gemeinde hinaus auszubauen, daß unser oberster Grundsatz: im direkten Verkehr mit den Konsumentenorganisationen zu treten, endlich erfüllt wird. (*Sehr richtig!*) Mit diesem Grundsatz wollen wir alle Parasiten, die von der ehrlichen Arbeit anderer leben, ausschalten, wir wollen damit erreichen, daß sowohl der Bauer die Arbeiterschaft, als auch die Arbeiter die Bauernschaft achten und schätzen lernen. Wir wollen in direkten Verkehr treten, um einerseits unsere Erzeugnisse in reeller Weise liefern zu können, andererseits auch zu einem mäßigen Preise.

Daß im Genossenschaftswesen viel erreicht werden kann, dafür ist im letzten Berichte der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der freie Genossenschaftler“ ein Beweis. In dieser Zeitschrift habe ich gefunden, daß der Umsatz der Konsumorganisation im Jahre 1917 87 Millionen betrug und dieser Umsatz in dem einen Jahre bis 1918 um 80 Prozent, also auf einen Betrag von 187 Millionen erhöht wurde, daß Niederösterreich im Jahre 1914 einen Umsatz von 1½ Millionen hatte und im Jahre 1919 schon bis Juli allein von über neun Millionen. Diese stramme Organisation der Sozialdemokraten muß uns beispielgebend sein; auch wir müssen darnach trachten, daß jedes Dorf und jeder Bauer in unsere Organisation hineinkommt und für die Genossenschaftsidee erwärmt wird, damit wir unsere Aufgabe erfüllen, der konsumierenden Bevölkerung das zu geben, was sie zu erwarten und zu verlangen berechtigt ist. Das Kriegssystem hat leider

die Leistungen der Landwirtschaft sehr herabgesetzt. Man suchte eine Lösung der infolge der Absperrung eingetretenen Schwierigkeiten im Zentralsystem, dem Zentralsystem, das die Waren nicht so recht zu erfassen wußte, das die Katastrophe nur verzögerte, ohne sie aufhalten zu können. Diese Wirtschaft hat besonders gräßliche Folgen in unserer Viehwirtschaft zutage gefördert. Die Anforderungen geschahen nämlich in geradezu widersinniger Weise und diese Anforderungen wurden nahezu zu einem Raub an der Landwirtschaft, der sich besonders jetzt bei der Milcherzeugung in so deutlicher Weise fühlbar macht. Man suchte eine Lösung in dem bekannten Kälberschlachtverbot, man vergaß aber daran, daß man nicht jedes Kalb züchten könne, daß viele Kälber zuchtunfähig sind, daß nicht jeder Bauer auch Futter genug hatte und als dieses Kälberschlachtverbot keine segnenden Wirkungen zutage brachte, ging man wieder daran, die Jungviehschlachtung einzuführen, um den gelichteten Kühestand zu schonen. Gerade, meine Herren, mit dieser Jungviehschlachtung wurde aber der größte Raub an der Landwirtschaft und dem Viehstande begangen. Es wurden kleine Kalbinnen, die ein Fleischgewicht von auch nur 50 Kilogramm hatten, sinnlos hingeschlachtet und durch diese Jungviehschlachtungen wurde unser ganzer Nachwuchs zerstört, so daß heute in der überwiegenden Mehrheit in der niederösterreichischen Landwirtschaft nur mehr alte Kühe, die naturgemäß weniger Milch geben, vorhanden sind.

Ich will darauf hinweisen, daß trotz der Viehverwertungsstelle und trotz des zahlreichen Beamtenapparates, über den sie verfügt, auch nicht einmal eine Kontrolle über die Kälberschlachtungen ausgeübt wurde. Ich war als Bürgermeister im Jahre 1917 wiederholt beim damaligen Statthalter, Grafen Heyleben, und habe ihm erklärt: Erzellenz, wir haben eine Viehverwertung, die Vieheinkäufer kommen in die Gemeinde, kaufen die Kälber um 3 K pro Kilogramm Lebendgewicht, diese Kälber gehen hinaus und wir in der Gemeinde wissen nicht, was mit den Kälbern geschieht!

Ich hätte von selbst den Wunsch empfunden, daß eine Kontrolle ausgeübt werde, daß von dieser Viehverwertungsstelle an die Bürgermeisterämter ein Bericht hinausgehe, der besagt, wieviel Kälber der Vieheinkäufer von der betreffenden Gemeinde gekauft hat und daß dann diesem Vieheinkäufer in der Richtung nachgegangen worden wäre, was er mit den Kälbern gemacht hat. So aber haben sehr viele — ich will nicht generalisieren und nicht sagen, alle — infolge des Mangels einer Kontrolle mit unseren Kälbern, die wir gern um den Preis von drei Kronen in der Erwartung hergegeben haben, daß die Konsumenten das Fleisch auch zu einem entsprechenden Preise bekommen, Schleichhandel getrieben, wir haben nichts oder wenig

bekommen und der Allgemeinheit wurde damit nicht genügt.

Sehen Sie, meine Herren, solche Fehler, die sich dann am gesamten Konsum gerächt haben, sind in Unmassen geschehen und ich könnte Ihnen noch eine Reihe von Beispielen aufzählen. Durch diese gemeinsamen Requirierungen wurde namentlich der Rindviehstand und die Milchwirtschaft in der Umgebung von Wien sehr geschädigt. (Abgeordneter Grim: Auch außerhalb Wiens!) Auch außerhalb Wiens. Der Krebschaden war noch dazu der, daß die Nutzwiehpreise mit den Schlachtwiehpreisen nicht in Einklang zu bringen waren, daß der Bauer, der die Kuh oder die Kalbin hergab, keinen Ersatz dafür aufbrachte oder einen Ersatz, wenn er ihn schon suchte, nur mit enormen Kosten zu finden vermochte.

Was jetzt geschieht, meine Herren, ist, daß jene Bauern, welche über Geld verfügen und Ersatzkühe kaufen können, diese Kühe aus verschiedenen Ländern bekommen. Ich habe neulich einen Transport von 16 Kühen aus dem Auslande gesehen; auf dem Viehpaß stand vier Jahre, und schon von weiter Ferne konnte man konstatieren, daß diese Kühe Großmütter sind, daß sie nicht vier, sondern mindestens 15 Jahre alt waren und daß dadurch der Bauer oder die Herrschaft, die auf den Vieheinkauf angewiesen waren, um die Milchwirtschaft erhöhen zu können, ad absurdum geführt werden.

Hauptsächlich unser Viehstand hat infolge des Mangels an Futtermitteln traurige Zeiten durchzumachen gehabt und hat sie noch heute durchzumachen. Es ist uns schon auf Grund unserer niederen Valuta nicht möglich, Oskuchen, Gerste und Mais einzuführen. Daher ist dieser Milchrückgang in den einzelnen Wirtschaften eine ganz natürliche Erscheinung und ich möchte an die Städter appellieren, nicht etwa zu glauben, daß die Bauern die Milch nicht abliefern wollen, sondern die Städter mögen auf Grund unserer Nachweisungen und Berichte glauben, daß die Bauern beim besten Willen vielfach nicht in der Lage sind, mehr Milch produzieren zu können. (Sehr richtig!)

Ich will Ihnen ein Beispiel aus meiner Wirtschaft geben. Ich habe im Frieden in meiner Wirtschaft eine Durchschnittsmelkung von mindestens 9 Liter Milch gehabt, heute beträgt sie 2 1/2, höchstens 3 Liter. (Hört!) Dies ist darauf zurückzuführen, daß ich im Frieden jeder Kuh 1 Kilogramm Maisschrott, 1 1/2 Kilogramm Futtermittel, 30 Kilogramm Rübenschnitten, 1/2 Kilogramm Oskuchen und mindestens 10 bis 15 Kilogramm Süßheu oder Kleeheu gab. Daß ich diese Futtermengen dem Vieh heute nicht geben kann, weiß jeder. Die Folge davon ist der große Milchverlust

in den einzelnen Gehöften, der sich dann bei den tausenden Gehöften, die wir in Niederösterreich haben, zu Unsummen erweitert. Außerdem ist der Nachwuchs äußerst schlecht, weil es hier wie in der Familie ist, wo die Mutter dem Kinde keine oder viel zu wenig Milch geben kann, das Kind infolgedessen unterernährt aufgezogen wird. Beim Vieh ist es auch nicht anders.

Früher haben wir auch dem Jungvieh Kraftfuttermittel geben können, heute müssen wir uns mit minderwertigem Futter fortwurfeln, mit Stroh, etwas Heu und Wasser. Daß aus diesem unterernährten Jungvieh kein kräftiges Milchvieh erzeugt werden kann, ist naheliegend, weil es eben unmöglich ist, wenn man mit Futter sparen muß, wenn man kein Kraftfutter geben kann, bessere Erfolge zu erzielen.

Wir müssen trachten, einen Kredit zur Futtermittelfuhr zu bekommen. Wir müssen trachten, Dauerwiesen und Wechselwiesen anzulegen, um besseres und um mehr Heu erzeugen zu können. Zwar ist die Anlage von solchen Wiesen derzeit unterbunden, weil wir infolge unserer Valuta nicht in der Lage sind, ausländische Grassamen zu beziehen, wir müssen jedoch trachten, inländische Samenzüchtereien in großem Ausmaße zu errichten. Daß bei dieser Anlage von Wiesen die Kunstdüngerfrage eine große Rolle spielt, ist selbstverständlich. Nicht nur für den Wiesenbau und die Weidewirtschaft, sondern auch für den Getreidebau, der mit der Viehwirtschaft in innigem Zusammenhange steht, (*Sehr richtig!*) ist dies erforderlich. Kunstdünger wurde im Frieden von den Bauern viel zu wenig beachtet: es geschah dies vielleicht einerseits aus Mangel an Aufklärung, andererseits aber auch aus mangelndem Interesse von Seiten des Ackerbauministeriums, das bis in den Krieg hinein die Bedeutung der Landwirtschaft nicht erkannt hat und erst durch die Blockade aufmerksam gemacht worden ist, was für eine Bedeutung der Bauer im Staate hat. (*Sehr richtig!*)

Die Bauernarbeit hat früher überhaupt nie Anerkennung gefunden, sie war verachtet. Ich will gar nicht darauf hinweisen, daß die Bauernburschen beim Militär nur als Gescherie angeschaut wurden, daß diese Minderbewertung unserer Arbeit soweit ging, daß der Bauernbursche sich schämte, sich als Bauer zu bekennen. Und das Resultat seiner langjährigen Arbeit auf der Wirtschaft war, abgerackert zu sein wie kein anderer und zum Schluß sein Anwesen mit Schulden überhäuft zu haben; und statt Anerkennung hat er nur Hohn geerntet. Erst die Blockade hat die Welt auf die Bedeutung des Bauernstandes aufmerksam gemacht.

Meine Herren! Wenn ich die Anbaufläche Deutschösterreichs mit beiläufig 600.000 Hektar rechne und wenn pro Hektar bei Durchschnittsernte

10 Meterzentner erzeugt werden, so erhalten wir bei einer Fehlung mittlerer Güte 60.000 Waggons Getreide. Der Bedarf unserer Bevölkerung ist bei der jetzigen Quote 91.000 Waggons. Wenn wir nun noch 11.000 Waggons für Saatgut dazu nehmen, so erhalten wir als Gesamtbedarf 102.000 Waggons. Unser Defizit ist demnach 42.000 Waggons Getreide. Sie wissen, daß das Auslandsgetreide mindestens 1500 K pro Meterzentner kostet, der Getreideimport mithin über sechs Milliarden Kronen erfordert; sie wissen auch alle, daß zur Aufbringung einer so horrenden Summe Kredit gehört und daß dieser Kredit heute sehr schwer zu erlangen ist.

Weil ich bei dieser Kreditfrage bin, möchte ich einen traurigen Vorfall erwähnen, der so recht die Undankbarkeit eines Teiles der Öffentlichkeit der Tätigkeit eines Mandatars gegenüber zeigt. Unser Staatskanzler Dr. Renner hat als Mensch, der sein Volk liebt, alles aufgeboten, er hat den Weg nach Paris und Prag gemacht, um Kredite zu erreichen. Was war der Dank der Öffentlichkeit? Mit Hohn und Spott hat man auf die geringen Erfolge hingewiesen und hat damit selbst die eigene Kreditfähigkeit untergraben. Man hat diese Reisen einen Gang nach Canossa genannt, eine Erniedrigung und Demütigung. Jedermann weiß, daß dieser Gang gewiß nicht angenehm war, und wenn der Staatskanzler ihn unternommen hat, um für sein Volk etwas zu erreichen, so sind wir ihm Dank dafür schuldig, nicht aber berechtigt, für diesen schweren Weg noch Spott und Hohn auf ihn zu schleudern. (*Sehr richtig!*) Ich als Bauernbündler danke ihm aus ganzem Herzen dafür, daß er sich bemüht hat, etwas für uns zu erreichen; auch wir selbst werden ja da durch einen Erfolg entlastet. Ich scheue mich nicht, ihm von dieser Stelle aus meinen Dank auszudrücken. (*Bravo! Bravo!*)

Meine sehr geehrten Herren! Unsere Pflicht ist es also, die Ertragsfähigkeit des Bodens zu steigern. Wir benötigen hierzu mindestens 20.000 Waggons Kunstdünger. Nun kosten gegenwärtig Thomasmehl bis 1300 K, Superphosphat bis 800 K, Kalstickstoff bis 1700 K. Wir benötigen also für die Kunstdüngerfrage allein zirka 2 Milliarden. Wenn wir aber berechnen, daß wir bei Anwendung des Kunstdüngers auf einen Hektar mindestens fünf Meterzentner mehr erzielen und daß dieses durch Kunstdünger erzeugte Mehrgetreide mindestens 500 K pro Meterzentner wert ist, so ersparen wir durch diese Einfuhr von Kunstdünger über drei Milliarden. (*Hört! Hört!*) Es muß demnach von Seiten unserer Staatsregierung mit allen Mitteln daran gearbeitet werden, aus dem Auslande trotz des hohen Preises Kunstdünger hereinzubekommen, weil wir mit dem Kunstdünger, obwohl er teuer ist, dennoch unsere Schuldenwirtschaft etwas mäßigen können.

Wir haben im alten Österreich eine Thomasphosphatfabrik in Dübene in Böhmen und eine in Witkowitz in Mähren gehabt. Die Erzeugung dieser Fabriken ist eingesezt mit 13.000 Waggons. Außerdem hatten wir Superphosphatfabriken in Aussyg und in Kolin, eine in Themenau und eine in Grafnig in Steiermark. Kalkstickstoffabriken hatten wir in Dalmatien, und zwar in Sebenico und Umiffa. Eine Knochenmehlfabrik hatten wir vor den Toren Wiens, in Rannersdorf; sie ist jetzt infolge Kohlenmangels gesperrt.

Mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Monarchie ist natürlich der Kunstdüngerbezug unmöglich gemacht worden und wir sind gegenwärtig in der traurigen Situation, daß, wenn uns nicht durch Zufassung von Kunstdünger die Möglichkeit geboten wird, die Ertragsfähigkeit des Bodens zu steigern, der Bauer in Zukunft kaum so viel aufbringen wird, als er für sich und sein Gefinde braucht. Ich bitte, meine verehrten Herren, diese Tatsache nicht als übertrieben zu bezeichnen. Die Sache ist sehr ernst und verdient Beachtung und weitestgehende Überlegung. Denn, wenn wir nicht in der Lage sind, dem Boden Pflanzennährstoffe, insbesondere Phosphorsäure und Stickstoffe, worunter ich in erster Linie Kalkstickstoff, Chilealpeter und schwefelsauren Ammoniak verstehe, zuzuführen, ist es uns unmöglich, unsere Getreidewirtschaft weiter aufrecht zu erhalten und wir sind in weiterer Folge nicht mehr in der Lage, dem öffentlichen Konsum nennenswerte Mengen zuzuführen.

Meine verehrten Herren! Es wird Sie interessieren, zu erfahren, daß wir im Jahre 1914 aus Böhmen täglich 4175 Liter Milch — und zwar im Jahresdurchschnitt — erhalten haben, aus Mähren 188.760 Liter. Im Juli 1918 kamen noch herein: aus Böhmen täglich 464 Liter, aus Mähren nur mehr 26.900 Liter. Im November 1918 kamen aus Böhmen nur mehr 380 Liter, aus Mähren 24.000 Liter pro Tag. Mit November 1918 hört die Zulieferung von Milch aus den Gebieten der Tschecho-Slowakei auf. Die Gesamtlieferung von Milch, die gegenwärtig aus Deutschösterreich erfolgt, und zwar vom Oktober 1918 bis November 1919 betrug 30.156.824 Liter Milch. Die durchschnittliche Monatslieferung war demnach 2.154.059 Liter und die durchschnittliche Tageslieferung 71.800 Liter. Wenn wir auf die Friedenslieferung zurückgreifen, so wurden in derselben Zeit 900.000 Liter geliefert. Daraus ersehen wir erst, welcher großen Ausfall an Milch die Großgemeinde Wien nun erleiden muß. Es wird Sie ebenfalls interessieren, zu hören, daß infolge der Bahnsperre sich die Milchzufuhr vergrößert hat. Ebenso wird Sie interessieren, daß an Sonntagen immer 5000 bis 6000 Liter Milch weniger nach Wien gelangen.

Das hängt so mit wirtschaftlichen Verhältnissen auf dem Lande zusammen.

Den Hauptanteil der Milcherzeugung trägt Niederösterreich allein mit 95 bis 97 Prozent. Geringe Mengen liefert Oberösterreich, die anderen Länder lieferten nichts. Steiermark hat im Frieden täglich 80.000 Liter nach Wien geliefert. Es ist jedenfalls derzeit unfähig, Milch nach Wien abzugeben. Die Regierung muß daher trachten, damit dieser Milchausfall nicht größere Formen annimmt, namentlich in Niederösterreich das Weidegebiet, die Alpenweiden zu berücksichtigen und alle Versuche, unsere Heuwirtschaft, den Wiesenbau und unsere Weidewirtschaft zu heben, zu unterstützen. Aus diesem Grunde habe ich auch den Antrag gestellt, daß die Regierung aufgefordert wird, in das nächste Budget den Betrag von zwei Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft einzustellen, damit unsere jungen Bauernsöhne durch gründliches Studium über die Bedeutung der Wiesen- und Weidewirtschaft, über die Bedeutung der Viehzucht, der Molkerei usw. vollständige Aufklärung erhalten und dann als Pioniere in die Gaue und Orte hinausgehen und dort aufklärend wirken, damit jede arbeitswillige Kraft herangezogen wird, um für das allgemeine Wohl, für die öffentliche Versorgung mitzuwirken. So wird es gelingen, durch verständige Förderung der Regierung und durch die Mitarbeit jedes einzelnen, daß wir durch die tiefe Nacht, in der wir uns gegenwärtig befinden, hinausgelangen zum Licht, daß wir auf den dornenvollen Wegen endlich zu Rosen gelangen und durch fleißige Arbeit auch zum Erfolg und zum endlichen Sieg. *(Beifall.)*

Präsident: Der Herr Abgeordnete Barrer beantragt folgende Resolution *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, in das nächste Budget den Betrag von zwei Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft einzustellen.“

Ich ersuche jene Mitglieder, welche diese Resolution unterstützen, sich zu erheben. *(Geschicht.)* Sie ist hinreichend unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte gelangt als Kontraredner der Herr Abgeordnete Geisler.

Abgeordneter **Geisler:** Hohes Haus! Wie Sie aus den Ausführungen des Herrn Antragstellers und der Herren Vorredner ersehen haben, ist die Milchproduktion von ganz ausschlaggebender Bedeutung nicht nur für diejenige Klasse von Menschen, welche sie produzieren, sondern für die Menschheit überhaupt. Ich fühle mich heute ver-

pflichtet, hier einige Richtigstellungen gegenüber einer Rede in der letzten Sitzung, und zwar von seiten eines sozialdemokratischen Redners aus dem heiligen Lande Tirol vorzunehmen. Der sehr verehrte Herr Redner hat damals angeführt — ob absichtlich oder unabsichtlich, ob vorbereitet oder vielleicht zu wenig informiert, will ich dahingestellt sein lassen — daß die Höchstpreise des Viehs eine derartige Höhe haben, daß es niemandem, wenn er nicht in der Öffentlichkeit als unbescheiden bezeichnet werden soll, einfallen kann, heute noch für die landwirtschaftstreibende Bevölkerung Staatszuschüsse zu verlangen. Diese Ausführungen sind aber nicht nur hier in diesem Hause verhallt und verklungen, sondern auch die „Arbeiter-Zeitung“ hat dann in sehr ausführlicher Weise Ausführungen derselben Tendenz gebracht und hat dieselben so breit wie möglich getreten. Auch sie hat sich nicht erkundigt, ob diese Ausführungen eine wirkliche Basis haben, ob sie auf Wahrheit beruhen, sondern sie hat einfach nachgebetet und nachgedruckt, was hier gesagt worden ist.

Meine Verehrten! Die Preise bei uns in Salzburg sind für erste Qualität, das ist hochprima Kälberkühe 7 K — ich bemerke nochmals, für hochprima Kälberkühe. Die Schlachtpreise sind bei uns für erste Qualität Fetteschweine, welche wir leider nicht haben, weil wir überhaupt kein masttreibendes Land sind, 5 K. In der Regel kann man sagen, ohne die Preise zu unterschätzen oder zu überschätzen, daß die Schlachtpreise, wie sie an die bäuerliche Bevölkerung bei der Ablieferung bezahlt werden, über 3 K 50 h bis 4 K nie hinausgehen. Wenn es uns dann als ländliche Abgeordnete wundernimmmt, daß man hier in Wien von Fleischpreisen in der Höhe von 50 und 60 und noch mehr Kronen spricht, so darf uns das nicht übelgenommen werden.

Pflicht der Regierung, Pflicht der Zentralen und Pflicht jener politischen Parteien, die die Zentralen geschaffen haben und heute noch mit Zähigkeit an ihnen festhalten, wird es sein, dahin zu wirken, daß diese endlich einmal aufgefördert werden, hier Wandel zu schaffen, damit es herauskommt, wo denn diese Zwischengelder hinkommen. Ich konstatiere noch einmal und ich glaube, die Herren vom Lande Salzburg, insoweit sie hier sind und meinen Worten zuhören, werden es wohl oder übel, gern oder ungern unterschreiben müssen, 4 K bis 4 K 50 h, wenn es hoch geht, in der Regel aber 3 K 50 h sind die Schlachtpreise, welche der Bauer für sein Vieh bekommt.

Wie schaut es dann mit den Milchpreisen aus? Ich habe die vorvergangene Woche Gelegenheit gehabt, von einem kleinen Kummel, der sich in Salzburg abgespielt hat, erzählen zu hören. Da hat man mir gesagt, daß die Ursache davon die

Erhöhung der Milchpreise seitens der bäuerlichen Bevölkerung war. Da ich also das nur nacherzählen gehört habe, bin ich absolut nicht berechtigt und nicht in der Lage — es ist auch gar nicht mein Vorhaben —, zu beurteilen, ob das auf Wahrheit beruht oder nicht. Immerhin hat sich bei diesem Kummel noch etwas Merkwürdiges abgespielt; es ist in sehr auffälliger Art und Weise demonstriert worden, und zwar an keinem geringeren Orte als beim Landhause selbst. Hier sei konstatiert, daß dieser Kummel nichts mit der Milchwirtschaft zu tun gehabt hat. Die Triebfeder, das Motiv ist ganz woanders zu suchen. Und wenn dann wir, die bäuerliche Bevölkerung, bei jedem Anlasse, bei jeder Anforderung, die in unser eigenes Fleisch hineingeht, und nicht nur in unser eigenes, sondern in das Fleisch der ganzen Bevölkerung, uns dann auf die Hinterfüße stellen, wird uns mit der Strafe gedroht. Meine sehr Verehrten, das können schließlich und endlich auch die bäuerlichen Kreise nachmachen und dieses Wort möchte ich speziell an die konsumierende Bevölkerung des Landes Salzburg gerichtet wissen. Es ist durchaus keine Gewähr geboten, daß die bäuerlichen Kreise in dieser Beziehung bildungsunfähig sind. Sie können schließlich und endlich auch einmal sagen: Wenn ihr das nicht auch akzeptiert, so wie wir das akzeptieren müssen, werden wir einfach auch in den Streik treten. Wie es aber dann ausschauen würde, lasse ich dahingestellt sein. Wir tragen keine Verantwortung. *(Sehr richtig!)*

Die Höchstpreise für Milch in unserem Bezirke, nicht in unseren Gemeinden, sind nicht 3 K und nicht 2 K und nicht 1 K, sondern sind, sage und schreibe, heute noch pro Liter 60 h. *(Hört! Hört!)* Ich selbst habe die angenehme Gelegenheit gehabt, im vergangenen Frühjahr in meiner eigenen Wirtschaft nachzurechnen, daß mir die Milch pro Liter auf 2 K 50 h zu stehen gekommen ist. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Witternigg.)* Der Herr Kollege Witternigg scheint ein Ungläubiger zu sein. Ich nehme ihm das nicht übel, weil er kein Landwirt ist. Wenn er für das ganze Vieh die Futtermittel aus Böhmen beschaffen, wenn er diese Futtermittel um jeden Preis kaufen müßte, damit er eben etwas hat, so würde er vielleicht weniger ungläubig sein. Ich spreche nicht im eigenen Namen, sondern im Namen aller. Wenn man den Höchstpreis und wenn man den Nutzwert und den Nährwert eines Liters Milch mit einem Liter alkoholischen Getränkes vergleicht, welches sich heute fast ausschließlich das sogenannte Proletariat leistet, welches eben besser in den Taschen zu klimpern versteht, wie irgendein armer Teufel von einem Bauer . . . *(Widerspruch und lebhaftes Zwischenrufe. — Abgeordneter Witternigg: Mit Tausendern tun's fürbeln!)* So etwas kann sich der Bauer nicht

leisten, diese können es sich leisten. Wir aber, der Mittelstand, können uns das nicht leisten. Deswegen weise ich mit aller Entschiedenheit die Äußerungen, die in der letzten Sitzung gefallen sind, zurück, in denen es geheißt hat, die bäuerliche Bevölkerung hat es absolut nicht not, daß sie auf irgendeine staatliche Unterstützung zur Förderung der Milchwirtschaft Anspruch erhebt. Meine Herren, wenn Ihr Konsumenten wollt, daß Euer Magen weniger knurrt, so müßt Ihr in erster Linie die eigene Hand dazu bieten, und müßt Euch dazu bereit erklären, daß es möglich ist, das zu produzieren, was uns allen unentbehrlich ist.

Der Herr Abgeordnete Abram hat in der letzten Sitzung auch die Behauptung aufgestellt: Bauer sein ist sehr schön, denn ein paar Pferde um 60.000 K oder 80.000 K verkaufen, das ist immerhin ein Geschäft, welches auch sogar für einen Bauern sehr anziehend ist. Sehr verehrte Herren Kollegen, wie viel haben wir denn solche bäuerliche Besitzer, die in der Lage sind, überhaupt Pferde zu haben? Gehen Sie hinaus in das Gebirge. Sie scheinen immer nur das flache Land zu kennen, die Annehmlichkeiten des Stadtlebens und der nächsten Umgebung, Sie scheinen nicht zu wissen, daß es hoch oben auf den Bergen bäuerliche Besitzer gibt, die mit Kartoffeln und Suppe sich und ihre Kinder ernähren und aufziehen und mit dieser Nahrung arbeiten und daß es dort keine Pferde gibt, die für die schwerste Arbeit herangezogen werden, sondern daß das Pferd und das Lasttier dort nicht der Knecht, nicht die Magd, sondern der Bauer selbst ist.

Meine verehrten Herren! Ihr werdet draußen diese Erfahrung machen, wenn ihr Euch dieser Aufgabe unterziehen wollt. Wer also kein Pferd zu verkaufen, wer kein Holz zu verkaufen hat, der hat die Ersparnisse — ich stelle es absolut nicht in Abrede, daß zu Beginn, als die Preissteigerung gering eingetreten ist, man Ersparnisse gemacht hat, ich habe gar keine Ursache das in Abrede zu stellen — wer also solche Ersparnisse gehabt hat, hat sie längst schon wieder aus den Taschen behoben. Ich selbst bin Obmann einer Raiffeisenkasse und mußte dort im Jahre 1919 die traurige Erfahrung machen, daß die Ersparnisse, welche zurückgelegt worden sind, schon wieder herausgenommen wurden, weil das Steigen der Preise der Lebensmittel und aller Bedarfsartikel hundertmal höher ist als die Steigerung der Preise derjenigen Produkte, welche der Bauer zu erzeugen imstande oder berufen ist (*Abgeordneter Witternigg: Das glauben Sie selber nicht!*) Meine Herren, ich habe mich nur eines Alpdruckes entledigt und habe aus den Gesichtern meiner hochverehrten Herrn Kollegen gesehen, daß ich ihnen ganz aus dem Herzen gesprochen habe. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Niedrist. Ich erteile ihm dasselbe.

Abgeordneter Niedrist: Hohes Haus! Mein unmittelbarer Vorredner, der Kollege Geisler, hat etwas Unterhaltung in das sonst in der Regel eintönige Haus hineingebracht. Er hat die Verhältnisse geschildert, wie sie auf dem Lande draußen eigentlich sind. Wenn ich mich hier zum Worte gemeldet habe, so bin ich nicht vorbereitet, um über die Milchwirtschaft eine längere Rede zu halten — über diesen Punkt ließe sich ja sehr viel reden —, sondern ich habe mich einfach aus dem Grunde zum Worte gemeldet, weil das letztmal, wie ich von dieser Bühne aus gesprochen habe, ich unter anderen über den Raubbau in der Viehzucht gesprochen und einerseits die übermäßigen Abstellungen und andererseits den Zwischen- und Schleichhandel als diejenigen Triebfedern bezeichnet habe, die die Viehzucht so sehr dezimieren. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat sich bemüht gefühlt, sich mit einem einfachen simplen Bauern nicht abzugeben und hat das ganze gleichsam auf den Kopf gestellt, als ob ich den Bauern eigentlich einen großen Schaden zugefügt hätte, weil ich die Bauern als die Schleichhändler hingestellt habe. Aber jeder, der mir zugehört hat und mich kennt, weiß, daß ich nichts weniger als den Bauern als Schleichhändler hinstelle, weil der Bauer überhaupt nicht der Schleichhändler oder Schmuggler ist. Dazu haben wir mehr als genügend andere Leute, genug Schuster und Schneider, Agenten und arbeitslose Individuen in den Städten, die noch nie eine Kuh oder ein Pferd gesehen haben, die sich mit diesem Beruf früher gar nicht befaßt haben, Bankiers und weiß der Teufel was für Leute besorgen dies. Da hat also die „Arbeiter-Zeitung“ wieder einmal daneben geschossen.

Für das aber, was ich heute sagen will, werde ich gewiß nicht den Vorwurf bekommen, daß ich ein Bauernschädling bin. Es ist unter anderem darüber gesprochen worden, warum wir mit der Milchleistung so rückständig sind, warum die konsumierende Bevölkerung, in erster Linie natürlich in der Stadt Wien, aber auch an allen anderen Konsumorten, mehr oder weniger unter dem Milchmangel leidet. Leider besteht ein krasser Milchmangel. Viele glauben, die Bauern wollen nicht mehr melken, die wirkliche Ursache aber verstehen die wenigsten. Früher war um die Konsumorte, zum Beispiel um die Städte Linz, Salzburg, Innsbruck oder Schwaz herum die ganze Landwirtschaft mehr oder weniger mit der Erzeugung der Konsummilch beschäftigt. In den meisten landwirtschaftlichen Betrieben war ein Butterfaß oder eine Zentrifuge gar nicht vorhanden, weil man in der Stadt das billige Fett zu kaufen bekam. Der Bauer hat seine gute Milch in die Stadt geliefert

und von der Stadt hat er das sogenannte Pflanzen-schmalz, wie wir Bayern es nennen, für seine Wirtschaft bezogen. Margarine oder Speisefett. Heute bekommt er es nicht mehr, er muß sich daher das nötige Fett zu Hause selbst bereiten. Darans ergibt sich der Abgang von Milch um diese Orte herum.

Der Herr Antragsteller hat darauf hingewiesen, daß der Mangel an Aufklärung unter der bäuerlichen Bevölkerung schuldtragend ist. Ich glaube, daß es in manchen Ländern und Gauen tatsächlich der Fall sein wird. Bei uns in Tirol jedoch sind wir etwas fortgeschrittener und ich glaube auch, dies von Vorarlberg behaupten zu können. Ich möchte als Beispiel anführen, was ein Tiroler-Bezirk im Jahre 1919 geleistet hat und woher das kommt. Dieser Bezirk ist der Gerichtsbezirk Zell am Ziller, ein Gerichtsbezirk meines früheren Wahlkreises. Das Zillertal ist ein besonders milchreiches Tal, der Gerichtsbezirk Zell hat im Jahre 1919 nicht weniger als 40.000 Kilogramm Butter nach Innsbruck geliefert. Es sind dort 17 Gemeinden. Wenn man annimmt, daß für ein Kilogramm Butter mindestens 25 Liter Milch gebraucht werden, so gibt das eine Million Liter Milch. Weiters gibt es 2000 Unversorgte in Zell, Mayerhofen und Umgebung; nehmen wir an, daß jede dieser Personen einen halben Liter bekommt. In Wirklichkeit bekommen sie natürlich einen Liter, weil sie ja an der Quelle sind. Aber sagen wir, sie bekommen einen halben Liter, so sind das wieder 365.000 Liter. Schließlich leben auch die ganzen Einwohner von der Milch und den Milchprodukten, weil dort kein Fleisch gegessen wird. Daher kommt auf die 4920 Kühe dieses Gerichtsbezirkes eine Leistung von 2300 bis 2500 Liter im Jahre 1919. Das ist in einer Gegend, wo das Vieh im Sommer mitunter auch in einer Höhe von über 2000 Meter auf der Alpe ist, wo es im Winter in den Berghöfen ohne alles Kraftfutter oft weit vom Hause in den Ställen untergebracht ist und verpflegt werden muß, immerhin eine Leistung, bei der man sagen kann, daß in diesem Gebiete Verständnis für die Milchwirtschaft vorhanden ist.

Woher kommt das? Wichtig ist, daß wir dort an der Mündung des Zillertals die Anstalt Droitholz haben, die auf diesem Gebiete sehr gut arbeitet und vorbildlich wirkt. Daß muß ausgesprochen werden. Aber immerhin; daß gerade dieser Gerichtsbezirk Zell in der Milchleistung so weit vorgeschritten ist, hat seinen Grund darin, daß dieser Bezirk früher niemals in der Lage war, Vollmilch abzugeben. Es war unmöglich, nach Innsbruck Milch zu liefern. Daher mußte die Milch in der eigenen Wirtschaft, auf der Alm wie in der Heimat, verarbeitet werden. Im ganzen Zillertal mit seinen 25 Gemeinden sind in der Friedenszeit nicht weniger als 96 sogenannte Käsefisteln oder Schweizerfisteln gegangen; das heißt im Winter wurde an 96 Stellen

im Zillertal gesennert, gemeinsam, genossenschaftlich. Die Milchbauern tun sich zusammen und verarbeiten miteinander die Milch. Dadurch wird nur der Ertrag gefördert, jeder will mehr Milch haben, und wenn man die Milch gemeinsam verfährt, bekommt man ganz andere Preise, als wenn man die Vollmilch wie in anderen Bezirken verkauft. Wir haben sie um 6 kr., sage 12 h verkauft und die teuerste Milch ist um 10 kr., 20 h verkauft worden. Weil aber die Zillertaler nicht nur 20 h, sondern infolge der Fabrikation von Käse, der nach Wien, Budapest und aller Herren Länder geschickt worden ist, einen ganz anderen Preis bekommen haben, haben sie sich auf die Milchwirtschaft verlegt und so ist in diesem Gebiete eine großartige Milchleistung erzielt worden, die uns jetzt, Gott sei Dank, sehr zugute kommt. An der Talsohle und in anderen Bezirken Tirols, wo man nicht die Gelegenheit hat, so zu sennern oder wo die Leute Vollmilch nebenbei abgegeben haben, da hat natürlich die Milch niemals einen solchen Preis erzielt und insolgedessen war nie ein Anreiz zur Förderung der Milchwirtschaft vorhanden, sondern man hat sich vielmehr auf die Zucht eingerichtet.

Jetzt rächt sich das. Daher sage ich ganz offen: Der größte Fehler in der Milchwirtschaft war, daß für die Milch vor dem Kriege, während des Krieges und auch heute noch nicht der entsprechende Preis gezahlt wird. Ich habe den Leuten von der linken Seite zehnmals vorrechnen können, daß der Liter Milch, wie auch von authentischer Seite festgestellt wurde, auf 2K 03 h, 2 K 05 h kommt und da darf man sich noch lange nicht mit den Wiener Schneidern vergleichen (*Heiterkeit*) — da hat man nie Gehör gefunden. Wir in der Bezirkshauptmannschaft Ruffstein — ich bin nicht vom Schwazer Bezirk, sondern von der Bezirkshauptmannschaft Ruffstein — haben im Herbst 1919 und im ganzen Sommer die Milch um sage und schreibe 45 h pro Liter verkauft. (*Rufe: Hört! Hört!*) Wenn so ein Wiener Schneider — wenn die Zeitungen nicht lügen, sollen sie jetzt 60.000 K für die Stückmeister und 36.000 K für die anderen verlangen — wenn so ein Wiener Schneider 100 Liter Milch melken muß, so hat er viel mehr zu tun, als er in den acht Stunden als Schneider macht. (*Heiterkeit*.) So ein Schneider kommt täglich auf 100 K und darüber. Wenn er täglich 100 Liter Milch abmelken muß, so ist das eine viel größere Leistung. Er müßte für das Melken eines Liters Milch 1 K bekommen. Alle, die Bayern sind, wissen: Heute haben wir erst 1 K für den Liter Milch, 90 h ab Stall, in der Sennerei 1 K und im Detailhandel 1 K 20 h. Aber 1 K würde nur das Melken allein nach Wiener Muster nach der achtstündigen Arbeitszeit (*Heiterkeit*) und nach der Leistung eines Schneiders

kosten. (*Heiterkeit.*) Da gehören jedoch andere Flagen dazu, um 100 Liter Milch, speziell im Zillertale zu melken, wo man 10 oder 12 Wochen auf der Höhe oben unter Gletschern auf der Weide das Vieh hat, nicht im Stalle, wo also die Milch auf der Weide gemolken werden muß und man stundenweit 100 Liter Milch tragen muß, das sind 100 Kilogramm, die zur Semmerei getragen werden müssen, wo sie dann erst versenmert, verbuttert werden muß. Eine solche Leistung würde also nach dem Schneidermaßstabe das Melken nur eines Liters Milch mit 20 K bezahlen.

Aber die Milchproduktion besteht nicht allein im Melken. Man kann nicht melken, so wie unsere Staatsmaschine das Geld erzeugt; sie schlägt fortwährend die Tausender usw. herunter. Da handelt es sich nur darum, sie mit Papier zu füttern. Aber die Kühe würden streiken, wenn man ihnen nur Papier geben würde. (*Heiterkeit.*) Daher muß man das Vieh füttern, und zwar sehr gut füttern. Der Engländer sagt, die Milch erzeugt man durch das Maul; was da hineingeht, gibt die Kuh wieder heraus, und die Kuh wäre die erste, die streiken würde. Deshalb gehört viel Fleiß dazu, speziell in einer Gegend wie das Zillertal, wo das Heu, der Dünger, die Milch, kurz und gut alles getragen werden muß — da gehört viel dazu —, bis man von der Kuh im Jahr 2200 bis 2500 Liter Milch herausbringt.

Wenn man das alles ins Kalkül zieht, sieht man, wie teuer der Liter Milch kommt. Aber die konsumierende Bevölkerung sieht nicht ein, daß die Milch nach ihrem Nährwerte und Fettgehalte bezahlt werden muß, wenn sie auch vom Bauer kommt — was vom Bauer kommt, soll nämlich billig sein. (*Sehr richtig!*) Wenn sie das nicht einsieht, dann wird es nichts nützen, daß man Milchkontrolloren hinauschießt und Schulen errichtet. Ich bin sehr für die Schulen und für die Aufklärung, aber ich bin auch sehr dafür, daß man den Leuten für ihre Leistung das nötige Entgelt gibt. (*Zustimmung.*) Wenn man heute eine Kuh kauft und sie zwei bis drei Jahre behält, so verliert sie ja auch an ihrem Werte. Das versteht der Bauer gar nicht so wie die anderen, daß ebenso wie vom Inventar auch für die Abnutzung der Kuh etwas abgeschrieben werden muß. Denn die Kuh ist auch nicht jedes Jahr so fleißig, daß sie im Herbst ein schönes, teures Kalb wirft und so gnädig ist, alle Jahr 3000 Liter Milch zu geben. Da muß man sehr ernst dahinter sein, da muß man fleißig beim Heneinbringen sein, denn das Futter ist die Hauptsache, besonders in einer Gegend, wo man überhaupt kein Kraftfutter hat. Und wenn man schon so fleißig das ganze Jahr im Kuhstall und Feld arbeiten muß, so verdient man auch einen Lohn dafür. (*Zustimmung.*)

Ich bin also für diesen Antrag, daß endlich einmal auf dem Gebiete der Milchwirtschaft etwas geschieht, da wir auf diesem Gebiete so weit hinter Holland und der Schweiz zurück sind. Erst durch die Not werden die Leute einmal so helle werden, daß man die Kuh so gut füttern muß, daß sie Milch gibt, damit man nicht auf die Kondensmilch angewiesen ist, die uns so viele Millionen kostet, für die wir Milliarden schulden aufhäufen. Jetzt also sollen die Leute klug sein und dorthin schauen, wo etwas herkommt. Man muß den Bauern für die Milch soviel zahlen, als sie wert ist, und dann bin ich überzeugt, werden sie auch ein Interesse haben. Wer hat ein Interesse, wo er nichts verdient? Haben vielleicht die Geschäftsleute in Wien, die jetzt keine Geschäfte machen, ein Interesse, das Geschäft weiterzuführen? Nein, sie haben sich auf etwas ganz anderes verlegt: auf Schleichhandel und Schiebertum, weil das Geld trägt. Und gerade so machen es die Bauern: statt der Milchwirtschaft treibt man halt Fleischwirtschaft oder Zuchtwirtschaft oder etwas anderes, weil das etwas mehr trägt.

Nach den Ausführungen der Herren Abgeordneten Wimmer und Geisler werden wir auch nicht reich werden. Ich bin durchaus nicht verpflichtet, das zu verteidigen, was sie vom Reichtum der Bauern gesagt haben, denn sie sind nicht von unserer Partei. Man wirft aber immer den Bauern vor, daß sie das Geld allein haben. Denn, der seiner Pflicht nachkommt und nachkommen muß und seine Abgaben leistet und für das, was er dafür bezahlt erhält, kann er kaum die notwendigen laufenden Ausgaben im Haushalte bestreiten. Denn auch draußen sagen heute die Knechte und Mägde: mein Schurz, der früher so viel gekostet hat, kostet heute um so viel mehr. Früher hat man für ein Kilogramm Butter vielleicht drei Schurze bekommen, heute kostet ein Kilogramm Butter bei uns 16 K, ein Schurz 46 K. (*Abgeordneter Abram: Wer gibt denn eine Butter um den Preis her?*) Glauben Sie, daß die Stadt Innsbruck für die Butter mehr gezahlt hat? Vielleicht der Schleichhandel! Früher haben wir nicht einmal 16 K für die Butter bekommen, Herr Kollege Abram. Im ganzen sind, wie ich glaube, 60.000 Kilogramm Butter vom Zillertal nach Innsbruck eingeliefert worden, und zwar das meiste zu 8 K. Wenn die Leute sich noch etwas vom Maul absparen und im Schleichhandel verkaufen, dann wären sie dumm, wenn sie nichts verlangten. Wir geben also die Butter um 16 K her und heute kostet ein Paket Schuhnägel 36 K, ist das ein Verhältnis? Man wird mir sagen: der Bauer braucht das nicht alle Tage. Der Bauer hat aber auch tägliche Bedürfnisse und alles ist so fabelhaft teuer, daß er nicht auskommen kann. Ich bin ganz einverstanden, daß die Preise in allen Belangen

herabgesetzt werden, aber man soll nicht immer Forderungen stellen, die ins Unendliche gehen, während man bei den Produkten, von denen wir leben, keinen entsprechenden Preis bezahlen will. Jetzt glaube ich, Herr Kollege Abram, daß ich doch nicht als bauernfeindlich verschrien werde, weil ich höhere Preise verlange, sogar auf die Gefahr hin, daß ich als Wucherer und Schieber angesehen werde oder ein Nimmerfakt bin, sondern jetzt werden Sie mir das Zeugnis ausstellen, daß ich bauernfreundlich genug bin. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zu einem formalen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Schiegl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Schiegl: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Abgeordnete Schiegl beantragt Schluß der Debatte. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche den Antrag auf Schluß der Debatte annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Antrag ist angenommen.

Es sind noch gemeldet: kontra der Herr Abgeordnete Abram und pro der Herr Abgeordnete Thanner. Damit erledigt sich die Wahl von Generalrednern. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Abram das Wort.

Abgeordneter Abram: Sehr geehrte Herren! Gestatten Sie, daß ich ein paar Worte zu meinen letzten Vorrednern spreche, ehe ich zu den ersten Darlegungen des Berichterstatters übergehe und zu diesen Forderungen unseren Standpunkt darlege. Der Herr Kollege Geisler ist mit viel Temperament gegen mich losgegangen und hat gemeint, er müsse mich korrigieren oder, wie er sich ausdrückt, ich hätte hier Unwahres behauptet. Dem Herrn Kollegen Geisler kann ich sagen: wenn er erst einige Jahre länger im Hause sein wird, wird er sehen, daß er nie in die Lage kommen wird, mir nachzuweisen, daß ich die Unwahrheit sage, und wenn er sich ernsthaft mit volkswirtschaftlichen Fragen im offenen Hause und im Ausschusse beschäftigen wird, wird er auch nicht mehr so aufdringlich und vorlaut den Pädagogen der anderen spielen. *(Zustimmung.)*

Wenn nun Kollege Niedrist meint, daß er heute genötigt ist, höhere Preise zu verlangen, damit er nicht mehr als Mann angeschrien wird, der gegen das Interesse der Bauern spricht, so möchte ich mir doch gestatten, zu sagen: selbst wenn die 60.000 Kilogramm Butter aus ganz Tirol in die Landeshauptstadt geliefert worden

wären, bedeutet das, bei 65.000 Köpfen in Innsbruck samt Vororten nicht einmal 1 Kilogramm Fett pro Kopf für das ganze Jahr. Es sind also die Städter keineswegs davon reich geworden. Es ist überhaupt nicht möglich, daß unsere einheimische Landwirtschaft uns mit Fett versorgen kann. Es fehlen uns die Schlachttiere in den großen Schlachthäusern, besonders in Wien, es fehlt uns die Margarine, und damit jene Tausende und Hunderttausende Kilogramm Speisefett, die vor dem Kriege im ganzen Reiche, insbesondere in den Großstädten, aber auch draußen auf dem Lande verarbeitet und verbraucht wurden.

Wenn hier behauptet wird, daß der Bauer 16 K für das Kilogramm Butter bekommt, möchte ich doch sagen: Dieser Preis trifft nur für den kleinsten Teil der abgestellten Butter zu oder traf zu; denn heute bekommt man beinahe um diesen Preis Butter nicht. Was aber sonst der Preis ist, auch in unserem Jnntal, weiß Kollege Niedrist genau so wie ich; er weiß, daß dieser Preis zwischen 70, 80 bis 100 K schwankt, den die anwesenden Italiener und den die anwesenden Schieber bezahlen, die mit den Italienern an der Schieberbörse in Innsbruck Geschäfte machen.

Heute steht es um die Ernährung in den Alpengebieten so, daß wir zum Beispiel diese Woche in Innsbruck kein Fett haben, aber auch kein Dekafleisch, das auf normalem Wege zur Abstellung käme. Es ist in der Tagespresse angekündigt, daß die Stadt nicht in der Lage ist, ein einziges Dekafleisch auszugeben. Dasselbe ist in Salzburg der Fall, in Salzburg ist man ebenfalls ohne Fleisch, während in demselben Salzburg, von dem ein Vorredner gemeint hat, daß der Bauer nur soundso viel bekommt und alles Fleisch abstellt, 3000 Kilogramm Fleisch allein vom Kriegswuchereramt in derselben vergangenen Woche, wo es kein Fleisch gegeben hat, den Schleichhändlern abgenommen wurde. *(Hört! Hört!)* Draußen hat tatsächlich die Lieferungslust vollständig aufgehört. Ob es aber seitens der Bauern klug ist, daß sie jeder geregelten Abstellung Opposition machen und dadurch die Ernährung der breiten Arbeiterschichten, die uns wiederum fremde Werte erarbeiten sollen, unmöglich machen, das, meine Herren, müssen Sie sich einmal ruhig und frei von Beeinflussung überlegen.

Heute steht es tatsächlich in den Ländern so: In Tirol und Salzburg — darüber, wie es in Oberösterreich ist, bin ich nicht unterrichtet — haben ein Lebensrecht nur mehr die Zahlungsfähigsten; die Masse der Proletarier, die kleinen Beamten, die kleinen Bürger stehen über kurz vor einer der furchtbarsten Ernährungskatastrophen, die Sie sich denken können. Es wird die Mehlsquote verkürzt, es wird die Brotquote verkürzt, es ist überhaupt sehr fraglich, ob diese bescheidene Mehls-

und Brotquote bei dem etwaigen Ausbleiben des Auslandskredites aufrechterhalten werden kann. So steht es tatsächlich um die Ernährung draußen und, Tatsache ist auch, Herr Kollege Niedrist — das wird Ihnen in Tirol niemand übelnehmen —, daß die Bauern nicht allein sagen, wir liefern nichts mehr, sondern daß man in Raubers an der Grenze, die heute leider die italienische Grenze darstellt, ein Bataillon Volkswehr hinstellen mußte, weil die Bauern, voraus ein Kordon bewaffneter Männer, inzwischen eine Herde wertvollster Zuchttiere und hinter der Herde wiederum ein Kordon bewaffneter Leute . . . (Abgeordneter Niedrist: Bauern nicht!) Bauern! (Abgeordneter Niedrist: Schieber!) Ja, aber dort in der Gegend sind Schieber und Bauern dieselben Leute! (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!) . . . das Vieh über die Grenze getrieben haben. Im Einverständnis mit dem Ihnen allen bekannten Landeshauptmann Schraffl und mit dem Landesbefehlshaber mußte ein Bataillon Volkswehr dorthin abgehen, um mit Gewalt diesen Export unserer leistungsfähigsten Zuchttiere in das neue Italien über die Grenze zu verhindern. (Abgeordneter Niedrist: Aber Fleckvieh habt Ihr keins gesehen, Unterinntaler Vieh!) Ich bitte, wir wollen uns doch nicht mit Wizen unterhalten. Tatsache ist, daß Landesregierung und Landesbefehlshaberamt zu diesen Sachen genötigt waren. Ich verweise auf eine Rede, die Herr Dr. Schneider hier gehalten hat. Auch er sagte im Herbst: er erkenne seine Landsleute nicht wieder; von wilder Raffgier ist alles erfaßt, alles in seiner Heimat dient dem Grenzverkehr, es sind schwerreiche Leute entstanden, aber Meineid, Gewalttätigkeit, alle diese Begleitererscheinungen, die draußen . . . (Zahlreiche lebhaftes Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich bitte, meine Herren, den Redner nicht zu stören!

Abgeordneter Abram (fortfahrend): Vielleicht gehen wir weiter. Wenn wir uns die Wirtschaftslage in unserem Staate ruhig, leidenschaftslos anschauen, so müssen wir sagen: die Bauern hätten ein Interesse daran, daß die Industrie, die Arbeit wieder in Gang kommt, daß wir zum Beispiel in Vorarlberg, in Tirol, im Salzburgischen die Spindeln und die Webstühle in Bewegung bringen, damit wir im nächsten Winter nicht völlig nackt sind. Dazu ist aber wirklich eine geregelte Aufbringung notwendig, denn heute steht die Arbeiterschaft in ihrer großen Zahl vor der Entscheidung: entweder sie arbeitet . . . (Abgeordneter Eisenhut: Der Kohlenmangel ist die Hauptschuld!) Wir haben ja Wasserkräfte, Herr Kollege! Entweder der Arbeiter arbeitet und hat nichts zu essen, weil die Abstellung versagt, oder aber er schmeißt die Arbeit hin — viele Leute

sagen das, die wir alle kennen, jeder in seinem Kreise — und sagt: Wenn ich die Arbeit wegwerfe und hamstere für die zahlungsfähigsten Leute, dann habe ich zu essen, ohne zu arbeiten. (Lebhafte Zwischenrufe.) Wir haben also alle Ursache, daß wir der Unordnung einen Damm setzen und daß wir uns verstehen, daß wir ein Lebensrecht — das stört nicht ihre christlichsoziale Auffassung — daß wir ein Lebensrecht den arbeitenden Menschen zubilligen und nicht allein zum Schluß ein Freizrecht den arbeitsunlustigen Schiebern und ein Krepierrecht ihren besitzlosen Mitbewohnern draußen in den Provinzen. (Ruf: Das will keiner von den Bauern!) Ich nehme dies gern zur Kenntnis, Herr Kollege, darum muß man aber auch mit größerem Ernst diese Fragen behandeln und nicht auf ein Seitengeleise schieben, wie es bisher geschehen ist.

Wenn ich aber in meinen kurzen Darlegungen in der vergangenen Woche darauf hingewiesen habe, daß der Bauer bei den Verbesserungsvorkehrungen in seinem Betriebe weniger eine Geldnot hat, sondern vielmehr eine Not an geschulten Leuten, so bleibe ich bei dieser Behauptung (Ruf: Sie ist unrichtig!), denn tatsächlich ist draußen eine große Geldflüssigkeit und das Aufhauen mit großen Banknoten in den Gasthäusern ist eine vielfach beobachtete Erscheinung. (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe.) Ich bitte, meine Herren, es ist Tatsache, daß die Preise nicht bestritten werden können, die ich angeführt habe, und die Leute in der Umgebung Wiens, in Niederösterreich, haben wiederum durch die große Hamsterei, die die Riesenstadt mit sich bringt, die Möglichkeit, ihre Hackfruchtprodukte um teures Geld zu verkaufen. Es besteht also gewiß für sie die Möglichkeit, viel Geld zu verdienen. Drollig ist es, wenn ein Redner in der vorletzten Sitzung angeführt hat, daß das Heu so teuer ist und daß dies und jenes so teuer ist. Ja, meine Herren, Heu und Pinzgauerpferde wachsen ja nicht auf der Wiener Ringstraße! Wenn ein Heupreis von 6 K, und zwar für schlechtes Moosheu, von dem Speditionsbesitzer in der Stadt für ein Kilogramm bezahlt wird, so kommt dieser Preis doch auch dem Produzenten von Heu zugute. Man bezahlt in den Städten Salzburg und Innsbruck schon 4 K für das Kilogramm Heu. Sie können sich denken, daß es in Wien unter 6 K nicht zu haben ist. (Abgeordneter Niedrist: Herr Kollege, sagen Sie einmal, was die Eisenbahner für die Fracht verlangen!)

Präsident Dr. Dinghofer: Herr Abgeordneter, ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter Abram (fortfahrend): Ich glaube also, wir müssen es uns abgewöhnen, solche Preise anzuziehen und sie als Klageged für die

Bauern zu nehmen, denn die Preise, die bezahlt werden, fallen immer dem Produzenten zu und das ist nicht ein Ringstraßenbewohner oder ein Bewohner von Ottakring, sondern der Ackerboden- und Feldbodenbesitzer.

Und nun lassen Sie mich zur eigentlichen Tagesordnung kommen. Ich glaube, nach wie vor, daß wir mit der größten Energie daran gehen müssen — im Bauerninteresse selbst — unsere Viehzucht zu verbessern, und zwar nach der Richtung der Melkergiebigkeits- und der Fleischproduktionsverbesserung. Dazu sind in erster Linie bessere Futtermittel notwendig, als wir sie jetzt haben. Da bereits mehrere Redner auf die Unmöglichkeit des Ölkuchenbezuges hingewiesen haben, erübrigt sich es mir, darüber noch ein Wort zu sprechen.

Was wir absolut notwendig haben, ist, daß wir das Ernährungsministerium und den Staatssekretär für Finanzen ersuchen, jeder Einfuhr von Luxusverkehrsartikeln Einhalt zu tun und daß, wenn wir einen größeren ausländischen Kredit bekommen, dieser Kredit vorwiegend und in der Hauptsache für den Bezug von Getreide verwendet werde, daß dieses Getreide dann geringer ausgemahlen und für die Menschen ein besseres, bekömmlicheres Brot und für die Tiere mehr Futter daraus gewonnen werde. (*Abgeordneter Eisenhut: Endlich, nach fünf Jahren!*) Wir sind seit Jahren auf demselben Standpunkt. Dann müssen wir wünschen, daß auf dem Gebiete der Alpenverbesserungen auch die Bauern in Form der Genossenschaften selbst etwas tun. Ich habe nach 25 Jahren im vergangenen Sommer Salzburgerische Alpen besucht und fand die Mistkästen und die Ausläuterungsgräben in demselben verfallenen Zustande bei den neuen Genossenschaften wie vor 25 Jahren. Da ist noch viel zu machen. (*Zustimmung.*) In der Nähe der Alpenhütten versinkt man im Dünger und draußen wächst auf den Büheln kein Gras mehr. Hier ist es notwendig, daß dieser Geist der Bauernschaft, der in den kleinsten Gehöften herrscht, der Geist der Unverträglichkeit und des Nichtzusammenarbeitens schwinde und daß der Bauer im eigenen Interesse erkenne, daß diese bescheidene Ausgabe jetzt, wo die Geldflüssigkeit die Möglichkeit dazu gibt, gemacht werden muß, damit er im Nachtrag selbst Nutzen davon hat.

Im Anschluß daran müssen die Wiesen verbessert werden, damit der vermehrte Viehstapel der Hochalpen im Winter durchgebracht werden kann, soweit er nicht von den Alpengebieten nach Niederösterreich oder in andere Gebiete abgestoßen werden kann. Darauf müssen die Ausgaben gerichtet werden. Nun ist die Frage, wie das zu machen ist. Ich bin ganz einverstanden mit der Schule.

Aber, verzeihen Sie, was soll mit der Schule allein jetzt geschehen? Ich habe schon darauf hingewiesen, daß hunderte von Schulbesuchern der landwirtschaftlichen Schule gefallen oder Krüppel geworden sind und daß ein großes Manko an Echo-boden für den Instruktor ist, daß also ein einziger Instruktor nicht für große Gebiete in Frage kommen kann, sondern daß der Instruktor ein kleineres Gebiet haben muß, mithin eine vermehrte Anzahl von Instruktoressen.

Was die Frage des Futterbaues und die Verwendung des Kunstdüngers anbelangt, so wissen alle Kollegen, wie es damit steht, daß da mehr Instruktoressen geschaffen werden müssen als bisher. (*Abgeordneter Eisenhut: Wir kennen schon ihre Verwendung in Niederösterreich!*) Herr Kollege Eisenhut, wir werden uns darüber noch privat unterhalten und werden uns gar nicht schwer verstehen.

Wir haben weiters unter der Bauernschaft eine Jungmannschaft, die bei Ausbruch des Krieges 15 Jahre alt war. Soweit sie nicht eingerückt sind, sind die älteren Leute draußen aufgewachsen in einer Zeit, wo der Bauer angestrengt hat arbeiten müssen, um seine Georgi- oder Martinifälligkeit zu erfüllen; heute haben wir unter der Bauernschaft — das werden alle wissen — einen Großteil von jungen Leuten, die nur die Notlage der Städte kennen und die damit verbundene Möglichkeit, in der Preisbildung einseitig nach dem Willen des Produzenten vorzugehen. Mit anderen Worten, die Zahl der Händler und der Handelsbegabten in jeder kleinsten Gemeinde ist weitaus größer als die Zahl derjenigen, die sich in der Produktion auskennen. (*Zustimmung.*) Hier muß auf die Jugend ein verstärkter Einfluß geübt werden und das ist nicht möglich, wenn man nur eine einzige Schule hat, sondern das kann wieder nur geschehen, wenn aus der Praxis Instruktoressen hinausgehen und einem kleinen Kreis von Leuten die Zeiten begreiflich machen, die wir heute haben: Berehrter Sepp und Hans, es bleibt nicht immer so, wie es jetzt ist, wir werden die Tore aufmachen und mit unseren Industrieartikeln hinaus, mit Nahrungsmitteln herein müssen. Ihr werdet in Zukunft den Lufthauch der Konkurrenz zu spüren bekommen, es ist also nötig, daß Ihr eure Wirtschaften umstellt auf Spezialwirtschaften, wo prima Zuchtvieh gezüchtet wird, welches für euch und für das Ausland das geeignetste Verkaufsobjekt darstellt! Da muß sehr eingehend mit den Leuten geredet werden. (*Abgeordneter Gutmann: Dazu gehört aber sehr viel Geld!*) Ich habe deshalb gesagt, daß der Staat die Instruktoressen bezahlen soll, im übrigen aber müssen sich die Bauern selbst auf die Notwendigkeit besinnen, allein etwas zu tun. Wenn Sie das draußen Ihren Leuten sagen werden, frei von jeder

Wahlkreisdemagogie, dann werden Sie das Wichtigste treffen und Ihren Leuten den ehrlichsten Rat geben.

Was die Bauern selbst untereinander machen können, das ist, daß sie den Import hochwertiger Zuchttiere auf dem Wege von Genossenschaften oder auf dem Wege von Gemeinden betreiben. Ferner müssen auch die größeren Bauern sich dazu entschließen, das Lebensrecht der kleinen Häusler und Bauern anzuerkennen und bei einer Änderung unserer Jagdgesetze und Weidrechte das Weide- und Nutzungsrecht auch den Kleinsten in der Gemeinde zuzusprechen. Heute gibt es vielfach sehr große Gärten auf diesem Gebiete. (*Abgeordneter Niedrist: Die Gemeindealmen sind die schlechtesten!*) Das soll eben nicht sein! Das ist kein Zeugnis für den Gemeinsinn der Bauern. (*Zwischenruf des Abgeordneten Niedrist:*) Bis jetzt war es so, Herr Kollege Niedrist, es wird aber doch anders werden müssen und die großen Gemeindealpen, die ein Zeugnis sind für den geringen Zusammenhalt der Bauern untereinander, werden geändert werden müssen und da wird man eben das Lebensrecht des Kleinen auf die Gemeindefläche mitanerkennen müssen.

Zur Resolution Parrer habe ich zu sagen, daß wir wünschen, daß diese Resolution im landwirtschaftlichen Ausschuß eingehend beraten werde. Es ist nicht ohneweiters zu sagen, ob die Errichtung einer einzigen großen landwirtschaftlichen Schule das Zweckmäßigste ist oder ob sich nicht bei der Beratung im landwirtschaftlichen Ausschuß herausstellen wird, daß eine Verbesserung und Inbetriebsetzung der bestehenden Schulen in Rotholz und Oberalm im Steirischen und in Oberösterreich naheliegender wäre und bessere, raschere Resultate zeitigen würde, als wie sie heute bei den ungeheuren Baukosten. . . (*Zwischenruf:*) Keine Feindseligkeit, Herr Kollege Parrer, ich mache sachlich darauf aufmerksam. . . bei der Schwierigkeit der Einrichtung solcher Anstalten durch eine neue Anstalt erreicht würden. Vielleicht würden wir uns zu einer Resolution entschließen, in der gesagt wird, es soll eine große zentrale Anstalt geschaffen werden. (*Abgeordneter Parrer: Durch Pachtung eines großen Gutes!*) Ich glaube also, wir gehen einig, daß über diesen Antrag im landwirtschaftlichen Ausschuß sachlich diskutiert werde, wobei man sehen wird, auf welche Weise man tatsächlich die Förderung der Viehzucht und die Förderung der Milchwirtschaft erreichen kann. Alles in allem, meine Herren, wenn Sie auch mit Ihrem Viehstande während des Krieges Schaden gelitten haben, vergleichen Sie den Schaden an den Tieren mit dem Schaden, den die Menschen in der Stadt erlitten haben — dann können Sie dem Herrgott danken, daß Sie so billig davon gekommen sind. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Thanner; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Thanner: Hohes Haus! Als ich mich zum Worte meldete, hatte ich eigentlich einen ganz anderen Plan als den, den ich mir jetzt vorzunehmen gesonnen bin. Nach meiner letzten Rede ist nämlich gesagt worden, es sei gar nicht nötig, den Christlichsozialen zu sagen, man müsse sie etwas aufpulvern, damit sie die Bauernschaft besser vertreten. Wenn wir die heutigen Verhältnisse näher betrachten, so ist es wirklich hoch an der Zeit, dieses Begehren nochmals an die Christlichsozialen zu stellen. (*Gelächter und Widerspruch.*) Unterdessen bin ich aber im Laufe dieser Verhandlungen wieder anders gesinnt worden: ich habe jetzt Worte sprechen gehört, die eigentlich schon alles gesagt haben, was ich zu sagen vor hatte, Worte, die ich von ganzem Herzen respektieren muß. So etwas — das muß ich mir loben — wurde bis heute in diesem hohen Hause noch nicht gehört. Wenn es öfters so der Fall wäre, daß wir den Bauernstand mit einer solchen Energie vertreten, würden wir nicht auf der letzten Stufe zum Abgrunde stehen. Es ist höchste Zeit, daß wir uns der Bauern besser annehmen, daß wir uns gegen die Anfeindungen der Sozialdemokraten wehren, die heute noch nicht begreifen können, daß der Riter Milch um 30 Kreuzer zu billig ist. (*Zwischenrufe.* — *Abgeordneter Forstner: Um 30 Kreuzer kaufte man ihn eh' gern!*) Ich bitte, das müssen sie doch einsehen, daß es doch zu dumm ist, daß wir Bauern unser Vieh, unser Fleisch um 5 Kronen pro Kilo verkaufen müssen, wenn Ihr es hier in Wien mit 84 Kronen bezahlt. Hoffentlich wird einmal die Zeit kommen, daß nicht immer Feindschaft unter uns sein wird. Mein Wunsch wäre, daß wir endlich einmal einig wären. Es ist heute außer den Bauern niemand mehr auf der Welt, der arbeiten will. (*Heiterkeit.*) Man sagt, die Arbeit macht das Leben süß. Die Bauern sind aber wirklich die einzigen auf der Welt, die diesen höchsten Genuß haben. Heute macht sich alles frei von der Arbeit, alles läßt sich unterstützen und lebt viel schöner als wir ausgehundenen Bauern. Es ist wahr, mit der Milch, mit dem Fleisch, ich möchte bereits sagen mit allem, was der Bauer zu verkaufen hat, hat er lange nicht das wünschenswerte Ziel erreicht. Er verdient heute das allerwenigste. Heute gibt es keinen Mensch auf der Welt, der ein Kapital unverzinslich anlegen wollte. Ich möchte nun gerne wissen, wie sich heute das für eine Kuh aufgewendete Kapital verzinsen soll, wo man 4000 bis 5000 Gulden für eine Kuh bezahlen muß und wo das Kilogramm Heu heute einen Gulden und noch mehr kostet. Als das Heu noch 30 Kreuzer kostete,

habe ich mir ausgerechnet, daß der Bauer jährlich bei jeder Kuh 700 Gulden daraufzahlt. Was würde man da heute für eine Summe herausbekommen? Ich möchte das nicht weiter ziffernmäßig darlegen. Der Bauer wäre zehnmal besser daran, wenn er sein Heu verkaufen und keine Kühe einstellen würde. Das macht er aber nicht, nicht weil er es nicht versteht — der Bauer ist nicht so dumm, wie man ihn anschaut (*Heiterkeit.*) — sondern aus purer Nächstenliebe macht er es nicht, weil wir wissen, daß jeder Mensch leben muß; deshalb geben wir uns her und lassen uns mit dem schmutzigen Kuhschwanz im Gesicht herumschlagen, damit Ihr Milch und damit Ihr etwas zum Essen bekommt. Sonst könnten wir lieber uns damit begnügen, jeder ein paar Kühe einzustellen, damit wir selber etwas zu essen hätten. Wir bringen aber dieses Opfer gerne, weil wir glauben, daß Ihr euch doch dankbar erweisen werdet. Statt dessen muß man sich aber immer zusammenschimpfen lassen. (*Heiterkeit.*) Aber ich tröste mich, indem ich mir sage, daß, besonders in Steiermark — ich verkehre viel mit Sozialdemokraten und weiß bestimmt, daß es viele intelligente und vernünftige Leute darunter gibt — gerade diese sich jetzt teilweise von den Sozialdemokraten abgewendet haben. Ich bin überzeugt, daß, wenn die gewünschten Neuwahlen kommen, viele derjenigen, die bisher sozialdemokratisch gewählt haben, unter unserer Fahne wählen werden. (*Heiterkeit und Zwischenrufe.*) Die Geschichte kommt mir genau so vor (*Ruf: Sie wird man gewiß wieder wählen! — Lebhaftige Heiterkeit.*) Die Sozialdemokratie scheint eigentlich tot zu sein, es ist das, was Sie noch machen, eigentlich eine Wiederholung der Geschichte von dem närrischen Tänzer, der sich wirklich zu Tode getanzt hat. Da war einmal eine Tanzunterhaltung, bei der dieser Tänzer auf einmal umfiel und mausetot war.

Präsident Dr. Dinghofer: Ich möchte den Redner darauf aufmerksam machen, daß wir bei der Beratung der Vorlage über die Hebung der Milchwirtschaft sind.

Abgeordneter Thanner: Also darf ich die Geschichte nicht zu Ende erzählen? (*Rufe: Aber ja!*) Die Geschichte ist ja ganz kurz. Dieser Tänzer ist also momentan umgefallen und war mausetot. Glücklicherweise befand sich bei dieser Tanzunterhaltung auch ein Arzt, den man herbeirief und der nur mehr den Tod des Tänzers konstatieren konnte; aber er hat auch konstatiert, daß der Mann schon 10 Minuten früher tot war. Er hat also als Toter in seiner Aufregung noch weiter getanzt. (*Ruf: Das wird Ihnen beim nächsten Wahltag passieren! — Stürmische Heiterkeit.*) Gerade so verhält es sich mit den Sozialdemokraten. (*Zwischenrufe.*) Es geht

ihnen ja nicht vom Herzen, sie sehen ja ein, daß sie dem Bauern sehr viel zu verdanken haben, aber es paßt ihnen in den Kram hinein. Wir nehmen die Schimpfereien ja nicht so ernst, ich will ihnen also nicht harb sein. Sie werden bei den nächsten Wahlen viel vernünftiger arbeiten, ich halte sehr viel auf die Sozialdemokraten. (*Heiterkeit.*) Ich habe schon von allem Anbeginn auf die Leute etwas gehalten, weil ich überzeugt bin, daß sie gescheiter sind als die Bauern. (*Stürmische Heiterkeit.*) Ich garantiere, daß Ihr, wenn Ihr Bauern wäret, das Kilogramm Butter nicht um 12 K verkaufen würdet, Ihr wäret viel zu gescheit dazu. Da kann man nur unserem Herrgott danken, daß der Bauer so dumm ist. Wenn die Bauern etwas gelernt hätten, könnten solche Sachen unmöglich vorkommen. Aber die Sache wird sich langsam ändern. (*Ruf: Das lasse ich für die Christlichsozialen nicht gelten, daß wir gar so dumm sind draußen!*) Herr Kollege, das ist eine grenzenlose Dummheit, die wir begehen, daß wir unsere Produkte nicht einmal um den vierten Teil des Preises verkaufen, der uns gebührt. Das ist eine furchtbare Dummheit, das muß ich sagen. Ich hoffe, daß meine Worte dazu beitragen werden, daß wir langsam gescheiter werden. (*Lebhaftige Heiterkeit.*) Auch für die Sozialdemokraten weiß ich einen Rat: Es wird gar nichts machen, wenn wir mit dem Liter Milch auf 1 K hinaufgehen. Es gibt in dieser Beziehung nur einen einzigen Rat, das ist: Weg mit den Zentralen! Dann habt Ihr billige Produkte und wir nehmen ein, was recht ist. Ich habe mir gedacht, als ich in die Nationalversammlung eingetreten bin, es wäre hier der Ort, wo die Gerechtigkeit vertreten wird. Da bin ich aber sehr enttäuscht worden, denn sonst könnte man dem Bauer nicht zumuten, daß er sich das ganze Jahr schinden und plagen und, wenn das Jahr aus ist, daraufzahlen soll. Es heißt jetzt allgemein, die Bauern sind voll Geld. Ja, sehen Sie sich unsere Häuser an: Wenn wir unsere Häuser und unseren Viehstand herrichten wollen, um alles in dem Zustand zu haben wie vor dem Kriege, dann sind unsere Kronenzettel weitaus zu wenig, denn was bekommen wir heute für das Bettelwerk, das man heute noch Geld nennt? Wenn ich einen Zimmermann haben will, so muß ich ihm vorher 1 Kilogramm Butter versprechen, sonst kommt er überhaupt nicht, und obendrein verlangt er noch täglich 10 Gulden. Das habe ich mir als Bauer mein Lebtag nicht verdient, und wenn ich noch einmal auf die Welt komme, dann werde ich lieber ein Zimmermann als Bauer. Wenn das so weiter geht — ich sage es aufrichtig —, so werdet Ihr zu Eurer Freude erleben, daß es in drei oder vier Jahren keine Bauern mehr auf der Welt gibt, dann gehört alles Euch. Ich bin aber neugierig, ob es Euch nicht so gehen wird, wie dem Esel am Heustock. Man hat

diesen Egel auf den Heustock gestellt, er hat sich dort wohl gefühlt und hat nach Herzenslust fressen können. Daß hat aber nicht lange gedauert, in fünf oder sechs Tagen hat er den Heustock so beschmutzt, daß er mitten auf dem Heustock verhungert ist. So wird es auch Euch ergehen, wenn Euch alles überlassen ist. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Es ist nicht so einfach, Bauer zu sein, wenn man auch glaubt, daß für den Bauern ein jeder Strudel gut ist. (*Heiterkeit.*) Da gibt es gar viele Dinge. So mancher Städter hat sich schon angeschmiert, wenn er geglaubt hat, daß dem Bauern die Krapsen brim Dach hereinkommen. Es hat so mancher schon abgehaust mitsamt den Subventionen, die er vom Staat bezogen hat. Eine so leichte Sache ist das Bauersein nicht. Ich will nicht davon reden, daß Ihr es nicht könnt, aber die Arbeit wird Euch wohl viel zu anstrengend sein. Es wird wohl nicht allzu lange dauern. Es wäre das allerbeste, wenn wir es probieren und Euch die Sache überlassen möchten: Seid ein paar Jahre Bauern! Aber wir können das nicht machen, weil wir dabei alle zugrunde gehen möchten. Aber es wäre das beste Mittel. In Steyr hat man bereits den Versuch gemacht, die Milchnot zu heben. In Steyr war auch immer eine solche Milchnot. Man ist hergegangen, hat eine Milchzentrale errichtet und in der Stadt Steyr Kühe eingestellt. Jetzt sehen sie selber, was bei einer Kuh für ein Profit herauskommt. Sie können Heu kaufen, das müssen wir liefern, wodurch wir noch geschädigt sind. Auf dem letzten Wochenmarkt ist nun erzählt worden, daß sie durchschnittlich bei 15 Kühen täglich 14 Liter Milch bekommen haben. Jetzt sehen sie selbst, was für ein Erfolg herauskommt, wenn der Städter eine Bauernwirtschaft betreibt.

Ich glaube also, es ist am besten, wenn wir schön untereinander gut sind. Laßt uns Bauern schön in Ruh, gebt uns, was Recht ist und wir liefern alles, was wir geraten können und sogar mehr. Es geschieht uns unrecht, wenn man sagt: wir wollen nicht liefern. Aber das kann ich sagen: wir wollen nur dann nicht liefern, wenn wir nicht einmal den vierten Teil des Preises bekommen. Ich bin gewiß nicht derjenige, der in den Versammlungen gesagt hat: „Bauern, liefert nicht“, sondern ich arbeite überall darauf hin und sage: „Leute, wir müssen unserer Lieferungspflicht nachkommen. Alle Leute wollen leben.“ Aber wenn das so weiter geht, daß wir uns mit solchen Preisen abfertigen lassen müssen, dann stelle ich mich selbst an die Spitze und sage: Gut, wir Bauern werden auch streiken. Wir werden es probieren, wir müssen andere Saiten aufziehen, wenn das nichts nützt. Und alles, was recht ist, was dem Bauern gebührt, muß er haben, dann hört der Schleichhandel von selber auf. Ich sehe keinen Bauern mit dem Buckel-

sack gehen. (*Rufe: Der Bauer gibts her!*) Natürlich, die Leute haben vollkommen recht, daß sie halbwegs für das entschädigt werden wollen, was ihnen andererseits gestohlen wird. Wissen Sie, wo das herkommt? Wir können ja gar nichts verhamstern, denn alle drei bis vier Wochen haben wir die Gesellschaft da, die uns die Kühe ausmelkt und probiert, wie viel Milch jede Kuh gibt. Das, was wir uns vom Maule absparen, können wir verhamstern, das geht niemand etwas an; wer kein Geld hat, solls nicht zahlen. Ich bin ein Feind der Hamsterei. Ich habe nichts verhamstert. Bei uns kostet die Butter 12 K. Mir bleibt nichts zum Verhamstern übrig. Wenn der Bauer das bekommt, was ihm gebührt, dann lasse ich es mir gefallen, dann soll man sich an das Gesetz halten und jeder Bauer soll bestraft werden, der die Hamsterei wirklich betreibt. Aber bei den heutigen Gesetzen, bei dem Marrentanz, wo der Bauer durch das Gesetz ausgeraubt wird, ist es nicht möglich, daß sich der Bauer an das Gesetz hält. Der Bauer ist gewiß ein ehrlicher Mann, aber es ist menschenunmöglich, daß er weiter existieren kann, wenn er mit dem zufrieden sein muß, was ihm gesetzlich geboten wird, gerade so wenig, wie man sich vorstellen kann, daß Ihr keine Hamsterer seid. Ihr könnt es nicht leugnen, daß auch die Städter Hamsterer sind und ich muß es Euch ins Gesicht sagen, daß kein einziger vor mir da steht, der ohne der Hamsterei lebt (*lebhaftes Heiterkeit*), weil es das einfach nicht gibt.

Der Mensch, der heute von der Quote lebt, kann nicht mehr lebendig dastehen. (*Ruf: Nicht einmal die Bauern!*) Jeder von Euch muß das Gesetz schon übertreten haben. (*Zwischenrufe.*) Natürlich ich auch.

Ich möchte nur endlich einmal, daß wir einsehen, daß wir Arbeitsleute alle zusammen arbeiten müssen, daß wir nicht immer solche „Tanz“ aufführen und uns gegenseitig herunterreißen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir alle nie einen anderen Feind gehabt haben als unsere Obrigkeit. Es ist möglich, daß es vielleicht sehr unerwünscht ist, wenn ich das sage, aber ein einfacher Bauer kann nicht anders reden als die Wahrheit sagen. Wir haben den Kaiser mit seiner ganzen Gesellschaft davongejagt, weil er kein Volkskaiser war, weil er ein Kaiser nur für die großen Herren, für die Oberen war.

Präsident Dr. Dinghofer (*unterbrechend*): Ich muß den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, daß wir bei der Beratung über die Hebung der Milchwirtschaft sind. (*Heiterkeit.* — *Abgeordneter Thanner: Aber das ist im Zusammenhange mit der Not des Bauernstandes!*) Ich bitte, mit dem Vorsitzenden nicht zu polemisieren, ich rufe Sie noch einmal zur Sache.

Abgeordneter **Channer** (fortfahrend): Dann bin ich eigentlich mit meinen Ausführungen zu Ende. Die Milchwirtschaft haben die Herren ohnehin schon besprochen, das Ganze, was ich sagen wollte, ist das: gebt dem Bauern das, was Recht ist, und wenn er Hamsterei treibt, bestraft ihn.

Ich wünsche nichts anderes, als daß in diesem Hause Gerechtigkeit herrscht, dann sind wir alle miteinander gerettet, zugrunde gehen tun wir nur durch den Schwindel. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. **Dinghofer**: Ich erteile das Schlusswort dem Herrn Berichterstatter Abgeordneten Kocher.

Berichterstatter **Kocher**: Hohes Haus! Die Debatte über die Hebung der Milchproduktion hat gezeigt, daß die einzelnen Herren Redner großes Interesse und große Sachkenntnis bekundet haben und ich glaube, daß die Annahme des Ausschusses von vornherein gesichert ist. Ich erkläre mich weiters damit einverstanden, daß der Resolutionsantrag des Abgeordneten Parrer dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft zugewiesen wird und stelle den diesbezüglichen formellen Antrag.

Präsident Dr. **Dinghofer**: Ich bitte, die Plätze einzunehmen; wir kommen zur Abstimmung.

Der Antrag des Ausschusses ist ja bekannt. Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem Antrag des Ausschusses zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Hinsichtlich des Antrages Parrer, der dahin geht, daß die Regierung aufgefordert werde, in das nächste Budget den Betrag von zwei Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft einzustellen, beantragt der Herr Berichterstatter die Verweisung dieses Antrages an den Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem Antrage des Herrn Berichterstatters auf Zuweisung dieses Antrages zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Als dritter Punkt der Tagesordnung ist unter der Voraussetzung der rechtzeitigen Fertigstellung der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (643 der Beilagen), betreffend die Begebung einer ausländischen Anleihe gegen Sicherstellung auf das Erträgnis des österreichischen Tabakmonopols (661 der Beilagen) in Aussicht

genommen worden. Der Bericht ist noch nicht fertig; insfolgedessen entfällt dieser Punkt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag des Abgeordneten Födermayr und Genossen (456 der Beilagen), betreffend die Vereinfachung der Durchführungsvorschriften zum Gesetze, betreffend die Weinsteuer (651 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Eisenhut. Ich erlaube ihm, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Eisenhut**: Hohes Haus! Ich habe die Ehre, namens des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag des Abgeordneten Födermayr und Genossen auf Vereinfachung der Durchführungsbestimmungen zur Einhebung der Weinsteuer zu berichten.

Die Praxis hat ergeben, daß die Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 30. März 1919, St. G. Bl. Nr. 201, betreffend die Weinsteuer, in manchen Belangen große Anforderungen einerseits an die Weinsteuerkommissionen, andererseits an die Wein- und Mostproduzenten stellt.

Es könnten aber die Durchführungsbestimmungen abgeändert werden, es könnte eine Vereinfachung eintreten, ohne daß dadurch die Steuer einhebung beeinträchtigt würde. Der Ausschuss ist daher der Anschauung, daß es geboten ist, folgenden Paragraphen der Vollzugsanweisung im folgenden Sinne abzuändern, und zwar: In § 19 war bisher vorgesehen, daß der Anfang und das Ende der Lese beim Weine angezeigt werden muß. Die Praxis hat aber ergeben, daß auch eine einmalige Anzeige nach der Lese genügt, weil ja beim Weine die Erzeugungsperiode im Bereiche der Weinsteuerkommission ist, die sich gewöhnlich nur auf eine Gemeinde bezieht, die Lese in einem gleichen Zeitraume höchstens in einer Ausdehnung von 14 Tagen durchgeführt wird und es daher gar nicht notwendig ist, daß der Beginn und das Ende der Lese angezeigt werden, sondern eine einmalige Anzeige nach Beendigung der Lese genügt. Es ist ja in vielen Gemeinden, überhaupt in größeren Weinbaugemeinden, gebräuchlich, daß sogar Gemeindebeschlüsse gefaßt werden, daß zu gleicher Zeit gelesen werden muß, schon mit Rücksicht darauf, daß der sogenannte Flurhüter, der Weingartenhüter, nur für einen gewissen Zeitraum angestellt wird und dieser insfolgedessen, wenn einzelne ihre Lese länger draussen stehen lassen wollten, über die Zeit den Dienst versehen müßte und gewiß mehr Kosten verursachen würde.

Was die Erzeugung des Obstmostes anbelangt, so ist das wohl nicht so wie beim Weine, daß sie sich in demselben Zeitraume abspielt, aber auch da hat die Praxis ergeben, daß bis zu einem gewissen Zeitraume, spätestens bis Ende Oktober, der größte Teil des Obstmostes gepreßt, mithin der Obstmost erzeugt, die Erzeugungsperiode in den meisten Fällen beendet ist. Auch da ist es möglich, das man zum Beispiel die Zeit Ende Oktober als Endtermin der Erzeugung annimmt. Nur in jenen Betrieben, wo es hin und wieder vorkommt, daß das Obst liegen gelassen und auch noch in einem späteren Zeitraume ausgepreßt wird, soll es so bleiben, wie es früher der Fall war, daß die Anzeige allwöchentlich, also ab 1. November an jedem Werktage, weil bekanntlich an Sonntagen die Sonntagsruhe ist, gemacht wird.

Im § 21 war bisher bei steuerpflichtigen Wegbringungen die Anmeldung in zwei Parien vorgesehen. Das erfordert eine Mehrarbeit für die Weinsteuerkommission, auch mehr Papier, es genügt auch da eine einfache Anzeige, weil ja der Produzent als Beleg für die geleistete Steuer ohnehin den Post-erlagschein in Händen hat. Bekanntlich wird die Weinsteuer und auch die Kontrollgebühr sofort mittels Post-erlagscheines an die Finanzlandesdirektion abgeführt. Um also die Sache zu vereinfachen und auch weniger Papier zu verschwenden, genügt auch da eine einmalige Anmeldung, so daß diese Anmeldung nur in einem Bure auszufertigen ist.

In § 24 ist angeordnet, daß die sogenannten Ausgabenregister von den Erzeugern selbst geführt werden müssen. In diese Verzeichnisse hat der Wein- oder Mostproduzent allmonatlich einzutragen, wie viel er für den Hausgebrauch benötigt, andererseits welche Mengen weggebracht, respektive durch Verkauf weggeführt worden sind. Da hat auch die Praxis ergeben, daß die Register in den meisten Fällen sehr schlecht geführt werden, das ist aber selbstverständlich, denn der Bauer, der die ganze Woche schwer arbeitet, ist zum Schreiben oft nicht so praktisch und auch nicht aufgelegt. Infolgedessen sind die Register oft sehr mangelhaft geführt worden und sie sind zum größten Teil erst von der Weinsteuerkommission korrigiert und in vielen Gemeinden sogar schon von ihr geführt worden.

Es ist deshalb auch da möglich, daß man der Weinsteuerkommission die Erlaubnis gibt, daß sie die Register auch für den Erzeuger führt. Jenen Erzeugern, größeren Weindauern und Unternehmern, die das in Zukunft lieber selber machen werden, kann es ja freigestellt werden, daß sie es selber machen, aber im allgemeinen kann das ganz gut durch die Weinsteuerkommission geschehen.

Im § 25 wäre eine sehr einschneidende Änderung vorzunehmen. Es war nämlich bisher

eine dreimalige Bestandsaufnahme vorgesehen. Auch da hat die Praxis ergeben, daß eine einmalige Aufnahme außer der Anzeige nach der Lese genügt. Diese einmalige Aufnahme findet am besten Ende November und anfangs Dezember statt. Praktisch wäre der Monat Jänner wohl besser, hauptsächlich beim Wein, weil ja dann der Wein schon vom Geläge abgezogen, infolgedessen das reine Produkt bereits vorhanden ist; weil aber zwischen der Lese, die gewöhnlich im Oktober stattfindet, und dem Monat Jänner doch einige Monate liegen, könnte der Produzent doch vielleicht zu Hinterziehungen verleitet werden und infolgedessen wird es am besten sein, die Bestandsaufnahme in der zweiten Hälfte November und in der ersten Hälfte Dezember nach den ortsüblichen Verhältnissen vorzunehmen.

Dann wäre noch als eine kleine Änderung zu empfehlen, daß die sogenannten Ausgaberegister, die bisher auf einem ganzen Bogen Papier verzeichnet wurden, auf einen halben Bogen kommen, denn diese Drucksorten müssen an die Finanzwache und von ihr an die Zentralstelle nach Wien abgeliefert werden und die Pakete werden viel größer und schwerer, wenn man einen ganzen Bogen nimmt. Man erspart durch die einfache Anmeldung auch etwas Papier und Arbeit.

Die Forderung des Antrages, daß bei jenen Produzenten, die keinen Wein oder Obstmost zum Verkauf bringen, die Anmeldung vollkommen entfallen soll, wäre wohl sehr sympathisch, doch kann ihr nicht entsprochen werden, weil sich das nicht im voraus bestimmen läßt. Oft erzeugt ein Produzent jahrelang kaum soviel als er für den Hausbrauch braucht. Einmal kann es vorkommen, daß eine gute Ernte eintritt, deren Überschüsse er verkauft, und da wäre dann jede Kontrolle ausgeschlossen. Infolgedessen kann auf diese Änderung nicht eingegangen werden, im allgemeinen aber wäre zu empfehlen, daß die von mir angeführten Paragraphen einer Abänderung unterzogen werden sollen.

Der Finanzausschuß stellt sohin den Antrag (liest):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert, die Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 30. März 1919, St. G. Bl. Nr. 201, dahin abzuändern, daß sie den Ergebnissen der Praxis und den in diesem Berichte angeführten Wünschen der beteiligten Interessenten entspricht.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Präsident Dr. Dinghofer: Wünscht jemand hierzu das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. So bitte ich diejenigen Frauen und Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir schreiten zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten: Grahamer als Ersatzmann im Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft, Schönbauer als Mitglied des Ausschusses zur Vorberaterung der Kammergesetze.

Da diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses. Wenn keine Einwendung erhoben wird — und dies ist nicht der Fall —, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort vornehmen lassen und ersuche die Mitglieder, die Stimmzettel abzugeben. (Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Ich werde zuweisen:

dem Finanz- und Budgetausschusse den Antrag der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Thanner und Genossen, betreffend die Einreichung der Kurorte und Sommerfrischen Fischl, Gmunden und Ebensee in die II. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsangestellten (645 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Einreichung von Klosterneuburg in die I. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten (646 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dengg, Dr. Rutte und Genossen, betreffend die Einreichung der Stadt Judenburg in die II. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsangestellten (647 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Hahn und Genossen, betreffend die Einreichung der Stadt Wien in die II. Ortsklasse (652 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Einreichung der Städte Piesing und Mödling in die I. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten (654 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Einreichung von

Burkersdorf in die I. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten (655 der Beilagen);

dem Justizauschusse:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Migner, Fischer, Meymayr, Spalowsky, Steinegger und Genossen, betreffend die Einführung einer Altersgrenze und der obligatorischen Invaliditäts-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung im Notariate (649 der Beilagen);

dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft:

den Antrag der Abgeordneten Kocher, Scharfegger und Genossen, betreffend Abänderung des Wiederbesiedlungsgesetzes (653 der Beilagen);

dem Ausschusse für soziale Verwaltung:

den Antrag der Abgeordneten Steinegger, Fischitz, Dr. Anton Maier und Genossen auf Schaffung einer eigenen Abteilung für soziale Fürsorge der Staatsangestellten (648 der Beilagen).

Die Wahl hat folgendes Resultat ergeben: Abgegebene Stimmzettel 80, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 41. Mit je 80 Stimmen erscheinen gewählt: der Herr Abgeordnete Wimmer als Ersatzmann im Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft, der Herr Abgeordnete Kittinger als Mitglied des Ausschusses für Vorberaterung der Kammergesetze.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Freitag, den 30. Jänner, 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (643 der Beilagen), betreffend die Begebung einer ausländischen Anleihe gegen Sicherstellung auf das Erträgnis des österreichischen Tabakmonopols (661 der Beilagen).

2. Bericht des Justizauschusses über die Vorlage der Staatsregierung (403 der Beilagen), betreffend die Rechtsverhältnisse der Journalisten (Journalistengesetz) (656 der Beilagen).

3. Bericht des Justizauschusses über die Vorlage der Staatsregierung (469 der Beilagen) zur Durchführung der Artikel 191 und 192 des Staatsvertrages von St. Germain (657 der Beilagen).

4. Bericht des Justizauschusses über die Vorlage der Staatsregierung (272 der Beilagen) über die Aufhebung vermögens-

rechtlicher Beschränkungen von Militärpersonen (658 der Beilagen).

5. Bericht des Justizausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (614 der Beilagen) über die Zuständigkeit des Bezirksgerichtes Urfahr in Linz zur Führung der

Grundbücher für die Katastralgemeinden Urfahr und Pöfflingberg (660 der Beilagen).

Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist nicht der Fall, es bleibt also dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr abends.

